

Tabak-Arbeiter

Nr 22 / Bremen, den 30. Mai 1925

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erdelt monatlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen.
— Monatlicher Bezugspreis 40 Goldmarken ohne Frangierlohn — Anzeigenpreis
50 Goldmarken für die viergespaltene Feilzeile. — Inhalt der Anzeigenannahme
und der Redaktion Montag abends. — Verantwortlicher Redakteur: F. Wahms.
— Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, R. Deichmann. — Druck: Bremer
Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. H. Schmalfeldt & Co. — Sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20 I, Telephon:
Amt Roland 0046. — Geld- und Einzahlungsendungen an Johannes Krohn, Bremen,
An der Weide 20 I. — Postfachkonto 6349 beim Postfachamt Hamburg. — Bank-
konto: Bankabteilung der Großhandelsbankgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H.,
Hamburg. — Verbandsvorsitzender: R. Deichmann, Bremen, An der Weide 20 I.
— Verbandsauslauf: L. Schone, Hamburg, Besenbinderhof 57, Zimmer 45/46.

Die Wirtschaft als Gesamtprozeß.

Von Paul Kampffmeyer.

Der erste Band des Marxschen „Kapital“ ist vielfach popularisiert, und seine theoretischen Grundanschauungen sind durch eingehende Erörterungen größeren Volkskreisen geläufig geworden. Der zweite und der dritte Band des „Kapital“ sind aber diesen Kreisen durchweg ein Buch mit Siegel geblieben. Daher begrüßen wir freudig das Erscheinen der Arbeit Karl Renners: „Die Wirtschaft als Gesamtprozeß und die Sozialisierung, die die grundlegenden Gedanken von Karl Marx über das kapitalistische Wirtschaftssystem populär darzustellen versucht.

Karl Renner setzt eine gewisse Kenntnis des ersten Bandes der Marxschen Kapitalkritik voraus. Der Reichtum der Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise erscheint bei Marx als eine ungeheure Warensammlung. Die Waren werden von Privatkapitalisten unter geschärfster Wahrnehmung ihrer Profitinteressen für die Sättigung gesellschaftlicher Bedürfnisse hergestellt. In dem Austausch mit Geld haben sich die produzierten Waren als gesellschaftlich notwendig zu erweisen. Leben die Menschen im Schlaraffenland, flögen ihnen alle Bedürfnisgegenstände arbeitslos zu, so würde sich der Warenmarkt überhaupt nicht entwickeln, und der Begriff des Warenwertes würde den Menschen völlig fernbleiben. Erst weil der riesige Warenreichtum, ohne den wir heute nicht leben können, geschaffen werden muß, verbinden wir mit ihm gewisse Wertvorstellungen. Wenn heute bestimmte Waren keinen gesellschaftlichen Absatz finden, dann allerdings ist die auf sie verwandte Arbeit wertlos, dann sind diese Waren nicht gegen Geld umsetzbar. Lassen die Kapitalisten „ihre“ Arbeiter Waren mit Instrumenten erzeugen, die veraltet sind und technisch unter dem Durchschnitt stehen, so ist der Wert der in den Produkten verkörperten gesellschaftlichen Arbeit begrenzt. Nur die gesellschaftliche Arbeit ist in vollem Umfange Träger von Wert, die mit den durchschnittlich in der Gesellschaft vorhandenen Arbeitskräften und Arbeitsmitteln für gesellschaftliche Bedürfnisse produziert. Die Arbeitskräfte selbst dürfen bei dem Arbeitsprozeß nicht unter dem gesellschaftlichen Durchschnitt stehen, sonst vermindert sich ihre wertschaffende Kraft.

Die gesellschaftlichen Arbeiter, die vielfach in großer Zahl in der Fabrik gemeinsam schaffen, müssen ihre Arbeitskräfte auf dem Markte verdingen. Sie bekommen im Verkauf ihrer Arbeitskräfte im allgemeinen nur so viel Geld, nur einen so hohen Geldlohn, um sich dauernd auf dem Arbeitsmarkte zu erhalten. Sie produzieren aber gesellschaftlich so viele Lebensmittel und Genussmittel, daß sie sich und ihre Familien nicht nur allein ernähren, sondern auch ganze Gruppen von Personen, die der Produktion ganz fernstehen. Das beweist schon ein Blick auf die Arbeits- und Lebensverhältnisse der heutigen Gesellschaft. Die Tatsache nun, daß Nichtarbeiter von den Arbeitserzeugnissen anderer leben, stammt nicht erst von heute und morgen. Im Mittelalter tat sich z. B. ein adliger Grundherr gut an den Erzeugnissen seiner hörigen Bauern. Diese lieferten Eier, Hüner, Getreide, Gespinste direkt, ohne Bezahlung, an den adligen Fronhof. Der Grundherr lebte von seinen Bauern; diese erzeugten Arbeitsprodukte, die weit ihren eigenen Unterhalt überschritten und von denen ihr Grundherr meist recht ausreichend zehren konnte. Im Mittelalter stellen also schon die gesellschaftlichen Arbeiter ein ihren Lebensunterhalt überschneidendes Arbeitsprodukt, ein Mehrprodukt, her.

Das gesellschaftliche Mehrprodukt gelangt in der kapitalistischen Gesellschaft durchweg nicht direkt an seine eigentlichen Nutznießer und Verzehrer. Der frühere Grundherr ist zum Wertelender- oder Viehproduzenten geworden, der nur einen Teil seines gesellschaftlichen Arbeitsprodukts selbst verzehrt und den

übrigen auf den Markt zur Sättigung fremder, gesellschaftlicher Bedürfnisse bringt. Das gesellschaftliche Arbeitserzeugnis wird verkauft und erzielt einen Wert, der sich zunächst in einer Geldsumme ausdrückt, das Mehrprodukt setzt sich in Mehrwert um. Aus dem Grundherrn, dem die Spinn- und Webstoffe von seinen abhängigen hörigen Bauern geliefert werden, ist ein kapitalistischer Textilfabrikant geworden, der abhängige lohnarbeitende Spinner und Weber beschäftigt. Das Produkt der gesellschaftlich schaffenden Arbeiter geht zu Markt und wird zur Ware. Ein bestimmter Wert, Preis wird für diese bezahlt. Bei dem Verkauf der Ware wird durchschnittlich nicht nur der Wert der Lebensmittel für die schaffenden Arbeiter erzielt, sondern auch der Mehrwert, von dem der Fabrikant lebt und aus dem er die Kosten für die Erweiterung der Produktion bestreitet. Jede kapitalistische Unternehmung muß Werte für diese Erweiterung der Produktion aufzuspeichern suchen. Der Stillstand würde sie gleichsam in Rückstand bringen, selbst jede direkt gesellschaftliche Produktion — eine indirekte gesellschaftliche Produktion haben wir heute schon — zwingt zur Aufspeicherung, Akkumulation von Werten im Interesse einer Steigerung der gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung.

Wir haben die Entstehung des gesellschaftlichen Mehrwerts aus der gesellschaftlichen Produktion gesehen. Aus der Produktion erwächst das Mehrprodukt. In dem Umlauf, in der Zirkulation des gesellschaftlichen Produkts verwirklicht sich aber erst der Wert dieses Produkts und damit auch der Mehrwert.

Die Zirkulation des gesellschaftlichen Arbeitserzeugnisses und damit die tatsächliche Verwirklichung des Werts und Mehrwerts ist bisher in der sozialistischen Betrachtung der kapitalistischen Wirtschaft vielfach vernachlässigt worden — nicht von Marx, wohl aber oft von dessen Anhängern. In diese Lücke ökonomisch-sozialistischer Auseinandersetzungen springt nun das Buch Karl Renners „Die Wirtschaft als Gesamtprozeß und die Sozialisierung“ (Berlin 1925, J. H. W. Dietz Nachfolger) ein.

Die Produktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Arbeitsprodukts liegt heute in den Händen von Industrie-, Handels- und Leihkapitalisten oder Gesellschaften dieser Kapitalisten. Diese Kapitalisten, obwohl sie privatim und zu ihrem Vorteil das Arbeitsprodukt herstellen und zirkulieren lassen, sind Organe einer gesellschaftlichen Wirtschaft. Auch die kapitalistische Wirtschaft ist in ihrem tiefsten Grunde gesellschaftlich, sie produziert gesellschaftlich in dem Zusammenwirken von zahlreichen Arbeitern und sie schafft für Massenbedürfnisse, für gesellschaftliche Bedürfnisse. Und Kapitalisten der verschiedensten Art sind mehr oder weniger Organe der gesellschaftlichen Produktion und der Zirkulation des gesellschaftlichen Produkts. So sehr sie sich auch individuell mit ihrer wirtschaftlichen Freiheit spreizen mögen, sie hängen von dem gesellschaftlichen Aufbau der Wirtschaft selbst ab. Sie müssen sich nach den Bedürfnissen der Gesellschaft richten, mit technisch vervollkommenen Arbeitsmitteln schaffen und die erzeugten Waren in die richtigen Kanäle senden, damit sie von der Gesellschaft zweckentsprechend verzehrt (konsumiert) werden können.

Die tätigen Kräfte der gesellschaftlichen Produktion und Konsumtion wirken sich nun heute getrennt voneinander aus. Sie wissen nicht, ob sie nicht zuviel Erzeugnisse irgendeiner Warengattung herstellen und in Umlauf setzen lassen. Je feiner sie die Bedürfnisse der Gesellschaft erforscht und je technisch besser sie die ganze Herstellung und Zirkulation der Waren organisiert haben, um so vollkommener Agenten der Gesellschaft sind sie unter gewöhnlichen, durchschnittlichen Verhältnissen. Sie stecken unter diesen Umständen auch um so größere Teile des gesellschaftlichen Mehrwerts ein.

Der Kapitalist vereinigt nur in seltenen Fällen die Warenproduktion mit der Warenzirkulation. Er stellt in diesem Falle das Produkt her, verkauft es und speichert den Gelderlös auf,

um die Produktion auf breiterer Grundlage fortführen zu können. Die Zirkulation der Ware überläßt er durchweg anderen Wirtschaftsagenten, und das Geld behält er nicht in der eigenen Kasse, sondern führt es dem Bankier zu, der es anderen Unternehmungen zufließen läßt. Neben dem Produzenten steht der Kaufmann und der Geldkapitalist (der Bankier). Jede aufgespeicherte Mark kann durch Bankiers sofort produktiv angewendet werden. Der Kaufmannskapitalist widmet sich ausschließlich der Zirkulation der Arbeitsprodukte, der Geldkapitalist sorgt für den ständigen Umlauf der Kapitalmassen. In der kapitalistischen Zirkulation entsteht so eine wirtschaftlich zweckmäßige Organisation. Der Kaufmannskapitalist zieht die Verkaufsakte vieler Industriekapitalisten zusammen. Die produzierte Ware setzt sich so in gesteigertem Tempo um. Der Industriekapitalist kann so sein auf die Produktion verwendetes Kapital bald zurückerhalten. Von dem Kaufmannskapital, das die Warenzirkulation und den Kapitalumschlag befördert, führt Karl Renner aus: „In der Funktion des Kaufmannskapitals, die Warenzirkulation zusammenzufassen, zu vereinfachen und zu beschleunigen, in dieser Rolle eines Organisations der Zirkulation liegt seine soziale Bedeutung und die geschichtliche, vorübergehende Rechtfertigung seiner Teilnahme am sozialen Mehrwert.“

Der Industriekapitalist, der Geldkapitalist (Bankier), sie greifen alle nach dem von der gesellschaftlichen Arbeit geschaffenen Mehrwert. Sie sind keine uneigennütigen Agenten der Wirtschaft, sie suchen möglichst große Teile des gesellschaftlichen Mehrwerts zu erhaschen. Der Wettkampf aller dieser Empfänger des gesellschaftlichen Mehrwerts ist mit der kapitalistischen Wirtschaft selbst gegeben. Dieser Wettkampf, diese Konkurrenz regelt den Mehrwertbezug zwischen den einzelnen kapitalistischen Gruppen. Wenn z. B. ein Zweig des Industriekapitals besonders große Teile des Mehrwerts verschluckt, sofort wirft sich das in der Gesellschaft flüssige Kapital auf diesen Zweig, und der Sondervorteil, der Sonderprofit ist bald aufgezogen. Es bildet sich eine allgemeine Profitrate heraus.

Der Durchschnittsprofit erfüllt nun in der kapitalistischen Gesellschaft wichtige volkswirtschaftliche Aufgaben. Er bestimmt das Hin- und Herwandern der Kapitalien in die einzelnen Zweige der Wirtschaft. Den Kapitalisten, die nicht mit vervollkommenen Arbeitsmitteln produzieren, legt er die Anschaffung neuer Produktionsinstrumente auf. Funktionierende Kapitalien von gleicher Größe, seien sie auch in ihren Bestandteilen aus Produktionsmitteln und aus lebendigen Arbeitskräften sehr verschieden zusammengesetzt, pflegen gleiche Profite abzuwerfen. In dieser Richtung wirkt das sich in der Kapitalkonkurrenz betätigende Gesetz von der gleichen Profitrate regelnd und richtend.

Die Spaltung der Kapitalisten in funktionslose und funktierende, den Ursprung und die Bedeutung der Grundrente, das Leihkapital und seine Aufgaben verfolgt dann Karl Renner sehr eingehend.

Der einzelne Industriekapitalist legte sich in den Anfängen der kapitalistischen Produktion eine Geldreserve zurück, um die Mittel für die Erweiterung seines Betriebes zu gewinnen. Diese Reserven der Einzelkapitalisten fließen in den Bankinstituten zur gemeinsamen Geldreserve für diese einzelnen Kapitalisten, zu einem gesellschaftlichen Gesamtkapital zusammen. Das kapitalistische Kreditwesen reht sich riesenhaft aus. Die Banken werfen z. B. den in alten Kulturländern aufgespeicherten Mehrwert in die Kolonien und rufen dort industrielle Unternehmungen, Häfen, Eisenbahnen im größten Umfange ins Leben. Zugleich aber lassen sie bedrohliche Konflikte zwischen den einzelnen Nationalwirtschaften heranreifen (Weltkrieg!).

Es ist ein besonderes Verdienst Karl Renners, daß er die von Marx angedeuteten Entwicklungsreihen weiter fortgeführt und das Kredit- und Bankwesen durch eigene Darstellung beträchtlich ergänzt und neu beleuchtet hat.

Die Rolle der Zirkulation für den Ausbreitungsprozeß der kapitalistischen Wirtschaft wird sich vielen Sozialisten erst durch die klaren Ausführungen Renners erschließen. Das Verständnis der kapitalistischen Zirkulation öffnet uns einen neuen Einblick in das Sozialisierungsproblem.

Lohn- und Tariffbewegungen.

Aus der Zigarettenindustrie.

Mainz und Wiesbaden. Die Lohnsätze wurden vom 30. April an um 10 Prozent erhöht. Für Vorkarbeiterinnen und verheiratete männliche Arbeiter beträgt die Lohnerhöhung 5 Prozent.

Freistaat Baden. Vom Beginn der Lohnwoche an, in welche den 19. Mai fällt, gelten nachstehende Stundenlohnsätze für

Männliche in Gruppe I			II	III
Bis zu 16 Jahren . . .	32 ₤	34 ₤	38 ₤	
16—18 Jahren . . .	45 ₤	47 ₤	51 ₤	
18—20 Jahren . . .	58 ₤	61 ₤	65 ₤	
20—25 Jahren . . .	69 ₤	73 ₤	77 ₤	
über 25 Jahren . . .	78 ₤	82 ₤	86 ₤	
Weibliche in Gruppe I			II	III
Bis zu 16 Jahren . . .	30 ₤	31 ₤	32 ₤	
16—18 Jahren . . .	35 ₤	36 ₤	37 ₤	
18—20 Jahren . . .	41 ₤	42 ₤	43 ₤	
20—22 Jahren . . .	45 ₤	46 ₤	47 ₤	
über 22 Jahren . . .	50 ₤	51 ₤	53 ₤	

Aus der Zigarettenindustrie.

Allgemeinverbindlichkeit des Bezirkstarifvertrages Brandenburg-Pommern.

Der am 9. März 1925 abgeschlossene Bezirkstarifvertrag für das Gebiet Groß-Berlin, die Provinzen Brandenburg und Pommern, sowie die Grenzmark Westpreußen-Posen (im Umfange der Ziffer 1 des Bezirkstarifvertrages) ist nebst der dazugehörigen Verhandlungsniederschrift mit Wirkung vom 16. März 1925 allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf die in den Bezirkstarifvertrag übernommenen Bestimmungen des Reichstarifvertrages vom 25. Februar 1925, soweit diese von der allgemeinen Verbindlichkeit ausgenommen sind. Mit dem angegebenen Zeitpunkt tritt die allgemeine Verbindlichkeit des Bezirkstarifvertrages vom 4. März 1924 außer Kraft.

Aus dem Tabakgewerbe.

Die Tabakbesteuerung und die Tabakarbeiter.

Die Leitung unseres Verbandes hat bei den anderen beiden Tabakarbeiterverbänden angeregt, am 7. Juni (Sonntag) im Kassel eine

Konferenz der Funktionäre der Tabakarbeiterverbände

stattfinden zu lassen. Durch eine gemeinsame Rundgebung aller drei Tabakarbeiterverbände soll der Reichstag in letzter Stunde zur Ablehnung der von der Reichsregierung beantragten Erhöhung des Tabakzolles und der Tabaksteuer aufgefordert werden.

Sollten die beiden anderen Tabakarbeiterverbände aus irgendwelchen Gründen ablehnen, so wird unser Verband die Konferenz allein abhalten.

Von unserem Verbande werden außer Vertretern des Vorstandes und Ausschusses die gesamten Beiratsmitglieder und Gauleiter an der Konferenz teilnehmen.

Tabaksteuereinnahmen im April.

Aus der Tabaksteuer wurden im April dieses Jahres 48 986 616 M vereinnahmt gegenüber 34 960 891 M im gleichen Monat des Vorjahres. Und das, obgleich im verfloffenen Rechnungsjahr der Vorschlag für die Tabaksteuer um mehr als 153 Millionen Mark überschritten wurde. Würden sich in den folgenden Monaten die Tabaksteuereinnahmen auf der gleichen Höhe wie im April dieses Jahres bewegen, dann wäre mit einer Gesamtjahreseinnahme von rund 588 Millionen Mark zu rechnen, während der Reichsfinanzminister jährlich 686 Millionen Mark aus der Tabaksteuer herausholen will.

Etwas vom Außenhandel mit Tabak.

Nach dem in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichten Ergebnis des deutschen Außenhandels wurden, soweit Rohtabak in Betracht kommt, im März d. J. 107 895 Doppelzentner im Werte von 24 236 000 M eingeführt und 77 Doppelzentner im Werte von 13 000 M ausgeführt. In den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden an Rohtabak 279 914 Doppelzentner im Werte von 59 125 000 M eingeführt und 1087 Doppelzentner im Werte von 322 000 M ausgeführt. Da die deutsche Gesamteinfuhr in den ersten drei Monaten dieses Jahres einen Wert von 3 604 855 000 M hatte, so betrug der Anteil des Rohtabaks an diesem Gesamteinfuhrwert 1,64 Proz. Im Jahre 1924 stand dem Gesamteinfuhrwert von 9 316 840 000 Mark ein Rohtabakeinfuhrwert von 209 120 000 M oder 2,24 Prozent gegenüber.

Es ist notwendig, auch einmal auf diese Dinge hinzuweisen, um die hier und da auftauchende Meinung zu zerstreuen, daß die deutsche Handelsbilanz insbesondere durch die Rohtabakeinfuhr ungünstig beeinflusst werde und es deshalb erforderlich sei, den Tabakkonsum in Deutschland durch hohe Zölle und Steuern zu droffeln.

Wichtigmacher Litzke.

Ohne große Seitensprünge einzelner Gruppen hat das Tabakgewerbe bisher den Abwehrkampf gegen die von der Regierung verlangte Erhöhung der Zoll- und Steuerätze auf Tabak geführt. Das ist natürlich nichts für Leute, denen es mehr auf Sensation und Effekthascherei ankommt und die sich unglücklich fühlen, wenn nicht das ganze Tabakgewerbe von ihnen und ihren „Laten“ spricht. Zu ihnen gehört Herr Georg Litzke, der Herausgeber der „Tabakwirtschaftlichen Rundschau“. Um wieder einmal von sich reden zu machen, hat er „in tiefster Ehrerbietung“ an den Reichstag eine Eingabe gemacht und ihm dabei die Bitte vorgetragen, den Tabakeinfuhrzoll von 30 auf 40 M für den Doppelzentner zu erhöhen und aus dem dadurch erzielten Mehrertrag von ungefähr 10 Millionen Mark jährlich den deutschen Tabakbauern eine Anbauprämie zu gewähren. Das war am 12. Mai dieses Jahres. Genau eine Woche später trat derselbe Herr Georg Litzke in Bremen in einer Protestkundgebung gegen die drohende Tabakzoll- und Tabaksteuererhöhung als „Raucher“ auf und wetterte gegen die Regierungspläne. Daß mit solchen Theaterspielereien dem Abwehrkampf des Tabakgewerbes gedient wäre, wird außer Herrn Georg Litzke wohl niemand behaupten wollen.

Gewerkschaftliches.

Der 12. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands (Zweiter Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes) beginnt am 31. August 1925 in Breslau im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17.

Als Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Wahl der Kongreßleitung und der Kommissionen. 2. Bericht des Bundesvorstandes. 3. Die Sozialgesetzgebung in Deutschland. 4. Die Organisationsfrage. 5. Die Wirtschaft und die Gewerkschaften: a) Die deutsche Wirtschaft. b) Die Wirtschaftsdemokratie. 6. Beratung der Bundesfassungen. 7. Wahl des Bundesvorstandes. 8. Erledigung sonstiger Anträge.

Der Kongreß wird am Montag, den 31. August 1925, vormittags 9 Uhr, eröffnet und voraussichtlich bis einschließlich Sonnabend, den 5. September, tagen.

Die Vertretung auf dem Gewerkschaftskongreß regelt sich nach den Satzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes: Nach § 32 sind alle dem Bund angeschlossenen Verbände berechtigt, stimmbfähige Vertreter zu dem Gewerkschaftskongreß zu entsenden. Verbänden, die mit mehr als zwei Vierteljahrsbeiträgen oder mit Hilfsbeiträgen (§ 44) im Rückstande sind, kann durch Beschluß des Kongresses die Teilnahme oder das Stimmrecht auf dem Kongreß verweigert werden.

Auf je 15 000 Mitglieder eines Verbandes entfällt nach § 33 ein Vertreter, desgleichen auf eine überschüssige Mitgliederzahl, wenn sie mindestens 5000 beträgt. Verbände unter 15 000 Mitglieder können gleichfalls einen Vertreter entsenden. Die Art der Wahl bleibt jedem Verband überlassen.

Anträge an den Kongreß können nach § 34 der Satzungen von jedem angeschlossenen Verband oder seinen Bezirks- und Ortsvereinen gestellt werden. Anträge einzelner Gewerkschaftsmitglieder werden nur dann zugelassen, wenn sie von einem Ortsverein oder dem Zentralvorstand der Gewerkschaft unterstützt werden.

Die Anträge müssen nach § 35 der Satzungen acht Wochen vor dem Kongreß, also bis zum 4. Juli, an den Bundesvorstand eingereicht werden, der sie spätestens sechs Wochen vor dem Stattfinden des Kongresses zu veröffentlichen hat.

17. Sitzung des Ausschusses des ADGB.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes trat am 19. Mai zu seiner 17. Sitzung zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte der Vorsitzende des Bundes, Leipzig, dem Bergarbeiterverband die aufrichtige Teilnahme des Bundesvorstandes und des Bundesauschusses zu der erschütternden Grubenkatastrophe von Dorstfeld zum Ausdruck. Binnen weniger Monate ist die Bergarbeiterschaft von einer sich in besorgniserregender Weise häufenden Zahl von Unglücksfällen heimgesucht worden, denen eine große Zahl von Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes zum Opfer gefallen ist. Wenn es auch vielleicht nicht möglich ist, diese verhängnisvollen Ereignisse gänzlich zu verhüten, so kann sich doch der Bundesauschuß dem Eindruck nicht entziehen, daß für das Leben der von Gefahren verschiedenster Art mehr als andere bedrohten Bergleute nicht mit der erforderlichen Gewissenhaftigkeit Sorge getragen wird. Der Bundesvorstand wird mit dem Vorstand des Bergarbeiterverbandes, der schon seit Jahrzehnten auf diesem Gebiet des Arbeiterschutzes tätig ist, zu-

sammenwirken, um den Kreis der Gefahren wirksam einzuschränken und dafür zu sorgen, daß den Hinterbliebenen der Opfer zeholfen wird. Ohne Unterschied der Parteien müßten alle Volksschichten es als eine Ehrensache des ganzen Volkes ansehen, daß der Arbeiterschutz im Bergbau tatkräftig und planmäßig gefördert und die Ueberwachung der Schutzmaßnahmen streng durchgeführt wird.

Der Bundesauschuß ehrte das Andenken der Opfer der Arbeit, indem er sich während der Ausführungen des Bundesvorsitzenden von seinen Plätzen erhob. In einer einstimmig angenommenen Entschließung forderte er dringend die Reform des Grubensicherheitsdienstes. Er schloß sich „den Forderungen auf diesem Gebiete an, die der Verband der Bergarbeiter Deutschlands erhoben und den Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und der Länder am 21. April 1925 unterbreitet hat und erwartet, daß diese Forderungen erfüllt werden.“

Der Bundesauschuß beschäftigte sich dann mit dem ersten Punkt der Tagesordnung, dem Kampf der dänischen Gewerkschaften. Bisher hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund dem Dänischen Gewerkschaftsbund 400 000 M zur Verfügung gestellt. Der Kampf ist noch nicht zum Abschluß gekommen und macht weitere Hilfeleistung erforderlich. Der Bundesauschuß beschloß, daß sämtliche angeschlossenen Gewerkschaften möglichst 50 % pro Mitglied aufbringen sollen. Die für Dänemark bestimmten Summen sollen über den Bundesvorstand geleitet werden, da es sich um einen Kampf der gesamten dänischen Gewerkschaften handelt.

Am zweiten Stelle behandelte der Bundesauschuß die Frage der Ruhrrentschädigungen. Nach eingehender Debatte faßte der Bundesauschuß den Standpunkt der freien Gewerkschaften dahin zusammen, daß grundsätzlich an der Forderung festzuhalten sei, daß die Industriellen alle ihnen ungerechtfertigterweise gezahlten Beiträge wiedererstattet müssen. Den Arbeitnehmern sind während des Ruhrkampfes und durch seine Folgewirkungen im besetzten wie im unbesetzten Gebiet schwere Schäden erwachsen. Es wäre unerträglich und wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen, wenn angesichts der allgemeinen Schädigung der deutschen Wirtschaft, der Unternehmer wie der Arbeitnehmer, eine Gruppe, die Unternehmer der rheinisch-westfälischen Industrie, in bevorrechteter Weise behandelt würde.

Nach wie vor leidet das besetzte Gebiet in höherem Maße unter den Folgen der Stabilisierungskrise. Die Zahl der Erwerbslosen, und insbesondere derjenigen, die bereits seit langer Zeit durch die Erwerbslosenfürsorge unterstützt werden müßten, ist im besetzten Gebiet sehr viel höher als im unbesetzten. Nach dem nunmehr durch Regierungsverordnung den langfristigen Erwerbslosen die Erwerbslosenfürsorge entzogen werden soll, ist es unbedingt notwendig, daß eine entsprechende Unterstützung nunmehr von der allgemeinen Fürsorge übernommen wird. Da eine Reihe von Gemeinden aus eigenen Mitteln diese Unterstützung nicht durchführen kann, müssen Landes- und Reichsmittel in genügendem Maße den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Außerdem muß in größerem Umfang dadurch Arbeitsgelegenheit geschaffen werden, daß die öffentlichen Betriebe das besetzte Gebiet bei der Ueberweisung von Arbeitsaufträgen bevorzugen. Daneben müssen öffentliche Notstandsarbeiten sehr viel mehr als bisher gefördert werden. Der Wohnungsbau im besetzten Gebiet muß in Anbetracht der durch die Ansprüche der Besatzung erschwerten Verhältnisse aus Reichsmitteln tatkräftiger als bisher gefördert werden, indem für alle von den Besatzungsbehörden beschlagnahmten Wohnungen vom Reich Ersatz geschaffen wird.

Die vom Bundesvorstand vorgeschlagene Tagesordnung für den Gewerkschaftskongreß wurde einstimmig angenommen.

Gegen das Tabaksteuerunrecht.

Unter „Literarisches“ empfehlen wir an einer anderen Stelle dieses Blattes den Bezug der von der Verlagsgesellschaft des ADGB. herausgegebenen Broschüre „Gegen das Steuerunrecht“, weil sie mit einem reichhaltigen Material gegen die Steuerpläne der Reichsregierung versehen ist und den Gewerkschaftsfunktionären bei der Bekämpfung der Regierungsvorlagen wertvolle Dienste leisten kann. Es würde jedoch ein Irrtum sein, wenn aus dieser Empfehlung geschlossen werden sollte, daß wir mit allem, was in der Broschüre steht, einverstanden wären. Insbesondere sind es die Ausführungen des Genossen Bäckert und die des früheren Staatssekretärs Professor Dr. Eirsch über den Tabak als Einnahmequelle für das Reich, die wir nicht unwidersprochen lassen dürfen. So schreibt Gen. Bäckert am Schluß seiner — leider recht oberflächlichen — Ausführungen:

Dagegen wird die Wegnahme der Zwischenkosten im Zwischenhandel zugunsten des Saales, etwa in der vom Dawes-Plan vorgeschlagenen Form, sowohl höhere Erträge erbringen, wie fast alle volkswirtschaftlichen und arbeitspolitischen Nachteile der Gesetzesvorlage vermeiden.

Wir haben geglaubt, daß der Vorsitzende einer Gewerkschaft, von der nicht wenige Mitglieder doch auch sogenannte entbehrliche Genussmittel herstellen, etwas Besseres gegen das Tabaksteuerunrecht zu sagen gewußt hätte, als auf einen Vorschlag im Dawes-Plan zurückzukommen, der gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht. Doch davon später. Weniger überrascht, wenn auch nicht angenehm berührt, sind wir von den Ausführungen des Professors Dr. Hirsch. Bei der Prüfung der Frage, wie hoch der Finanzbedarf des Reiches in den nächsten Jahren einschließlich der Reparationen sein wird, und welche Deckungsmöglichkeiten dafür vorhanden sind, zählt er unter den Steuerquellen, die „ohne Belastung von Lohn und notwendigem Massenverbrauch“ zur Verfügung stehen, ein Tabakmonopol nach Vorschlag des Dawes-Planes auf. Nach der Meinung des Professors Dr. Hirsch könne hierdurch lediglich durch Beschränkung des Händleraufschlages ein Mehr von 400 Millionen Goldmark herausgeholt werden.

Gegenüber der von Professor Dr. Hirsch vertretenen Meinung, die sich auch Genosse Backert in seinen Schlussbemerkungen zu eigen macht, verweisen wir auf die Ausführungen, die wir im vorigen Jahr in dieser Zeitung zu dem im Dawes-Plan enthaltenen Vorschlag eines Zwischenhandelsmonopols für Tabakfabrikate gemacht haben. Wir kamen dabei zu dem Ergebnis, daß bei der eigenartigen Struktur der deutschen Tabakindustrie das empfohlene Zwischenhandelsmonopol abgelehnt werden müsse, weil es für die Tabakarbeiter große und dauernde Schädigungen zur Folge haben würde. Dieser Ansicht sind wir auch heute noch, obgleich von uns niemals ein Zweifel darüber gelassen worden ist, daß jeder brauchbare Vorschlag einer Planwirtschaft in der Tabakindustrie unsere Zustimmung finden wird. Doch wir in der Frage des auch nach unserer Meinung zu hohen Händleraufschlages im Tabakgewerbe bisher unseren Mann gestanden haben — wir gedenken es auch fernerhin zu tun —, beweist wohl am besten die Tatsache, daß wir deswegen dauernd in Fehde mit den Händlerorganisationen des Tabakgewerbes leben. Aber alle diese Dinge stehen im Augenblick so gar nicht zur Debatte. Jetzt handelt es sich doch um die Frage, ob der Tabak noch mehr als bisher bluten soll, und da lagen wir und mit uns alle Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes: Nein! Dieses entschiedene Nein hätten auch Professor Dr. Hirsch und Genosse Backert aussprechen sollen, anstatt sich auf der abgegrasten Wiese des im Dawes-Plan empfohlenen Zwischenhandelsmonopols für Tabakfabrikate herumzutummeln.

Aus der Arbeiterinnen-Bewegung.

England. Eine von der Arbeiterpartei einberufene Arbeiterinnenkonferenz findet am 27. und 28. Mai in Birmingham statt. Diese Konferenz beschäftigt sich unter anderem mit Fragen der Sozialpolitik, der Schule, der Auswanderung und der Kriegsbekämpfung.

Vereinigte Staaten. Die Gewerkschaft der Arbeiter in der Damenbekleidungsindustrie (International Ladies' Garment Workers' Union) hat in der letzten Zeit infolge lebhafter Agitation allein im Industriebezirk Chicago über tausend neue Mitglieder gewonnen.

Verbandsteil.

Am 30. Mai ist der 22. Wochenbeitrag fällig.

Folgende Gelder sind eingegangen:

15. Mai. Freiburg 32,—. Speyer 100,—. Neulugheim 54,—.
 16. Barel 20,—. Bielefeld 200,—. Frankenstein 25,—. Hohenheim 20,—. Eberbach 50,—. Birna 100,—. Blauen 40,—. Goest 50,—. E. Lagen 24,—. Offenbach a. N. 30,—.
 18. Elten 15,—. Grevesmühlen 40,—. Kirchlingern 600,—. Ennigloh 550,—. Gößnitz 30,—. Lemgo 180,—. Sonneborn 85,—. Heidelberg 100,—. Ahle 47,—. Schwiebus 50,—. Görlitz 100,—. Tränke-Trambach 100,—.
 19. Lübbede 300,—. Löhne 15,—. Bruchsal 25,—. Gr.-Breitenbach 10,—. Spangenberg 13,—. Hamburg 200,—.
 20. Baden-Baden 980,—. Orsoy 200,—. Heidenheim 100,—. Hohenhausen 80,—. Halberstadt 100,—. Burgdamm 250,—. Lahr 360,—.
 22. Duisburg 200,—. Berlin 1500,—. Schötmars 60,—. Herford 150,—.
 23. Walldorf i. B. 50,—. Breslau 360,—.
 25. Bremen 200,—.
 Bremen, den 26. Mai 1925.

J. Krohn.

Arbeitslosen- und Kurzarbeiterstatistik.

Für jede Zahlstelle liegt dieser Sendung der Verbandszeitung eine Statistikkarte bei. Die Karte muß vollständig ausgefüllt dem Vorstand in Bremen bis zum 8. Juni zugeschickt werden; auch dann, wenn keine arbeitslosen oder kurzarbeitenden Mitglieder am Orte sind. Als Zähltag ist der 30. Mai zu nehmen. Zahlstellenverwaltungen, die keine Statistikkarte erhalten haben, müssen die erforderlichen Angaben auf einer anderen Karte übermitteln.

Da die Angaben auf den Statistikkarten dem Statistischen Reichsamt in Berlin bis zum 10. eines jeden Monats übermittelt werden müssen, sind Statistikkarten, die verspätet eingehen, völlig wertlos. Die Zahlstellenverwaltungen mögen das beachten und für eine rechtzeitige Einsendung der Statistikkarten Sorge tragen. Die Namen derjenigen Zahlstellen, von denen die Statistikkarte zu spät oder überhaupt nicht eingeschickt wird, werden im „Tabak-Arbeiter“ bekanntgegeben.

Einziehung von Reichsbanknoten.

Die Beitrags- und Zahlstellenkassierer unseres Verbandes werden noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß das Reichsbankdirektorium auf Grund des § 3 des Bankgesetzes vom 30. August 1924 alle Reichsbanknoten, deren Ausfertigungsdatum vor dem 11. Oktober 1924 liegt, soweit sie nicht bereits aufgerufen sind, zur Einziehung aufgerufen hat. Mit dem Ablauf des 5. Juni 1925 verlieren die aufgerufenen Noten ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel.

Die Deutsche Rentenbank erinnert daran, daß die Rentenscheine zu 50 Rentenmark mit dem Ausfertigungsdatum 1. November 1923 nur noch bis zum 31. Mai 1925 als Zahlungsmittel angenommen werden.

Zahlstellenkassierer, die noch im Besitze von aufgerufenen Scheinen sind, müssen diese mit den sonstigen überschüssigen Geldern sofort dem Postscheckkonto des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes (5349 beim Postscheckamt Hamburg) überweisen. Scheine, die nach den genannten Ablaufdaten eingehen und nicht mehr umgetauscht werden können, fallen zu Lasten der Absender.

Verlorengegangen sind die Mitgliedsbücher von:

Marie Curih, geb. Gries, aus Kleinalmrode; geboren am 21. Juni 1890, eingetreten am 10. Juli 1919. Serie II, Nr. 31547 (S. 111/2. 25).

Fritz Sewing, geboren am 6. Januar 1872, eingetreten am 28. März 1914, Serie IV Nr. 1327 (114/3. 25).

Gesucht werden:

Zwei tüchtige Koller und zwei tüchtige Wickelmacher (innen) für bessere Formenarbeit nach der Laufz. Der Eintritt kann sofort erfolgen. Für Unterkunft wird gesorgt. Nachfragen bei Georg Fijder, Berlin SO. 36, Ratiborstraße 31.

Ein lebiger, tüchtiger Zigarrenarbeiter nach der Provinz Sachsen. Nachfragen bei Richard Gerloff, Dresden-N. 1, Magistraße 13, III.

Protestversammlungen gegen die Erhöhung der Tabaksteuern und des Tabakzolles:

Schwenningdorf, b. Gastwirt Treue, am Mittwoch, 3. Juni, abds. 7 Uhr, Dünne, bei Gastwirt Klays, am Donnerstag, 4. Juni, abends 8 Uhr, Hunnebrod, bei Gastwirt Meier, am Freitag, 5. Juni, abends 8 Uhr, Ahle, bei Gastwirt Tiemann, am Freitag, 5. Juni, abends 7½ Uhr, Buxtedt, bei Gastwirt Gäßling, am Sonnabend, 6. Juni, abends 8 Uhr, St. Quernheim, b. Gastwirt Heuer, am Sonntag, 7. Juni, abds. 5 Uhr, Ennigloh, bei Gastwirt Niedermeyer, am Montag, 8. Juni, abds. 6 Uhr, Kirchlingern, b. Gastwirt Aug. Bitter, am Montag, 8. Juni, abds. 8 Uhr, Hossen, bei Gastwirt Ostermüller, am Dienstag, 9. Juni, abends 8 Uhr. Referenten sind die Kollegen Schüller, Menke und Eggert.

Briefkasten. Wegen der eingetretenen Reichstagsferien wird der zweite Teil des Aufsatzes „An die Mitglieder des Reichstages“ in der nächsten Nummer dieser Zeitung erscheinen.

Billige, böhmische Bettfedern



1 Kilo graue, geschlossene G.-M. 3,—, halbweiße G.-M. 4,— weiße G.-M. 5,—, bessere O.-M. 6,—, 7,—, daunenweiche G.-M. 8,—, 10,—, beste Sorte G.-M. 12,—, 14,—, weiße, ungeschlossene Rupffedern G.-M. 7.50, 8.50, beste Sorte G.-M. 10,—. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.
Benedikt Sarsel, Lobes 245 b. Pilsen-Böhm.

Kollegen u. Kolleginnen
 werbt unermüdet für den Verband!

Die deutschen Gewerkschaften.

Von Paul Umbreit, Berlin.

deutschen Gewerkschaften haben zwei starke Wurzeln, denen sie entsprossen sind: die demokratische Entwicklung, die sich in den revolutionären Bewegungen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ankündigt, und die kapitalistische Entwicklung, die das alte Gewerbergement hinwegfegt. Die schwachen gewerkschaftlichen Ansätze nach der 1848er-Revolution erlagen zwar bald der Reaktion, aber zwei Jahrzehnte später schuf ihnen die politische Entwicklung Deutschlands zum Einheitsstaat freie Bahn. Bismarck brauchte für sein Preußen-Deutschland ein starkes Gebälk, das den Intrigen der Höfe standhielt, und übernahm aus der Lassalleanischen Propaganda das allgemeine Wahlrecht. Daraus ergab sich einmal, daß man politisch mündigen Staatsbürgern auch das Koalitionsrecht nicht versagen konnte. Eine zweite Folge war, daß die politischen Parteien einer breiteren Organisationsgrundlage bedurften und die Berufsvereine hierzu geeignet fanden. So kam es 1868 zur Gründung politischer Gewerkschaftsrichtungen; auf sozialpolitischer Seite der Lassalleaner und Eisenacher, auf bürgerlicher Seite der Liberalen und Christlichsozialen. Die großen Streikbewegungen anfangs der 70er Jahre wuchsen bald dem Bürgertum und der Regierung über den Kopf, und letztere ging mit allen Polizei- und Rechtskniffen gegen die Gewerkschaften vor, bis es ihr gelang, sie samt der Sozialdemokratischen Partei in dem durch Spitzelarbeit hervorgerufenen Attentatschrecken im Jahre 1878 zu vernichten.

Während des Ausnahmegesetzes war für neue Gewerkschaften nur ein spärlicher Lebensraum gegeben. Er wurde aber seit 1882 rührig ausgenützt. Nachdem durch ein Gerichtsurteil 1883 die Zentralisationsmöglichkeit sichergestellt war, wurde auch davon kräftig Gebrauch gemacht. Beim Ablauf des Sozialistengesetzes waren in 58 Berufsverbänden, teils zentral, teils lokalistisch organisiert, etwa 300 000 Mitglieder gesammelt, die sich nunmehr in der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands eine Spitzenorganisation mit der Aufgabe der Agitation, Statistik und Streikunterstützung schufen. Sie gab ein Korrespondenzblatt heraus und stellte einen Organisationsplan für die Gewerkschaften auf, in dem sie zentrale Berufsvereine und Unionen für verwandte Berufsvereine empfahl. Der Halberstädter Kongreß 1892 sprach sich aber für Industrieverbände aus und entzog der Generalkommission das Recht der Streikunterstützung. Als sich während der Wirtschaftskrisis 1892—1894 die Gewerkschaften den Machtkämpfen der Unternehmer nicht gewachsen zeigten, verlangte die Generalkommission eine zentrale Regelung der Aufbringung der Streikmittel, stieß aber damit auf unüberwindlichen Widerstand. Dafür erhielt sie ein neues Arbeitsgebiet in der Sozialpolitik, vor allem in

der Abwehr des Ansturms von Unternehmern und Regierung auf das Koalitionsrecht, die sie mit großem Erfolg gegen die Zuchttausvorlage durchführte. Der Aufschwung seit 1898 brachte den Gewerkschaften auch starken Mitgliederzuwachs, dem sie durch gründlichen Organisationsausbau (Unterstützungseinrichtungen, Anstellung besoldeter Funktionäre, Bezirkseinteilung, Streikregelung, Gewerkschaftskartelle usw.) vorgearbeitet hatten. Ihre Erfolge bei den Lohnbewegungen führten zum Abschluß fester Tarifverträge, die anfangs zwar sehr umstritten, später aber als gesicherte Basis jeder erfolgreichen Lohnpolitik anerkannt und verallgemeinert wurden. War bis dahin der Aufstieg der Gewerkschaften nur langsam erfolgt (bis 1900 etwa 80 000 Mitglieder im Jahre), und brachte die Wirtschaftskrisis von 1900 bis 1902 sogar vorübergehend Rückschläge, so füllte im nächsten Jahrzehnt die Massen-ausperrungstaktik der Unternehmerverbände die gewerkschaftlichen Reihen. Nach Ablehnung der Zuchttausvorlage baute das Unternehmertum seine Kampforganisation aus, schuf sich Streikversicherungen und gelbe Schutztruppen und versuchte die Gewerkschaften durch Aussperrungen weißzubluten. Das trieb die Arbeitermassen den Gewerkschaften zu, so daß das Jahr 1903: 150 000, 1904: 165 000, 1905: 292 000, 1906: 345 000 und 1907: 176 000 Zunahmen an Mitgliedern brachte. Die erste Million war bereits 1904 überschritten. In gleichem Maße stiegen die Einnahmen, die 1895 erst 3 Millionen, 1900 9,4 Millionen betragen hatten bis 1907 auf 51 Millionen Mark, und die Massenbestände der Gewerkschaften für 1895 von 1,6 Millionen bis 1907 auf 33 Millionen Mark, während die Ausgaben sich in dieser Zeit von 2,5 Millionen auf 43 Millionen hoben. In diesen Ausgaben zeigen sich die Leistungen für Kämpfe und Unterstützungen. Die Gewerkschaften führten in diesen zwölf Jahren über 17 000 Streiks und Aussperrungen, an denen nahezu zwei Millionen Personen beteiligt waren, mit 63 Millionen Mark Kosten durch mit dem Ergebnis, daß 73,8 Prozent derselben mit vollem oder teilweisem Erfolge für die Arbeiter endeten. Der Elf- und Zehnstundentag wurde in diesem Jahrzehnt durch den Zehn- und Neunstundentag ersetzt (siehe den Kampf für den Zehnstundentag in der Textilindustrie), die Löhne erhöht und durch tarifliche Regelung die Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt.

Die Wirtschaftskrisis von 1907 bis 1909 brachte den Gewerkschaften einen Rückschlag, der aber dank ihrer gefestigten Organisation mit geringen Verlusten überwunden wurde. Schon von 1910 ab zeigte sich wieder ein neuer Aufschwung, zugleich bemerkenswert dadurch, daß die zweite Million an Mitgliedern überschritten wurde. 1911 wurden 2 321 000, 1912: 2 530 000, 1913: 2 548 000 Mitglieder erreicht. Das war der Höhepunkt der Gewerkschaften vor dem Kriege, der sich auch finanziell in einem Gesamtvermögen von 88 Millionen Mark ausdrückt. In

Der Urlaub für erwerbstätige Jugendliche.

Von Alexander Knoll.

Die nachfolgende Rede hat Genosse Knoll in der Ausschussitzung der deutschen Jugendverbände gehalten. Sie ist veröffentlicht in Heft 3 der Zeitschrift des Ausschusses der deutschen Jugendverbände „Das junge Deutschland“.

Wir wollen uns heute mit der Frage beschäftigen, ob wir an die Gesetzgebung das Verlangen stellen sollen, Ferien für die erwerbstätige Jugend gesetzlich festzusetzen. Das wäre nicht notwendig gewesen, wenn nicht die Rechtsprechung, ich möchte in diesem Falle beinahe sagen: die elende Juristerei, den Gewerkschaften in den Arm gefallen wäre, die auf dem besten Wege waren, die Frage ohne die Inanspruchnahme der Gesetzgebung praktisch zu lösen, nämlich auf dem Wege der tarifvertraglichen Regelung. Aber da fanden sich in den Kreisen der Arbeitgeber Leute, denen das nicht gefiel, und es fanden sich Arbeitgebersyndizi, die „nachwiesen“, daß der Lehrvertrag kein „Arbeitsvertrag“ sei, und aus diesem Grunde Einspruch erhoben gegen die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse des Lehrlings. Und es fanden sich Gerichte, die diesen Einspruch für begründet erklärten — aus rein formalrechtlichen Gründen. So hatte die Juristerei wieder einmal über den gesunden Menschenverstand gesiegt. Man könnte die Sache hingehen lassen, wenn es sich bei diesen Einsprüchen nur sozusagen um die Wahrung des Rechts der Priorität gehandelt hätte. Aber die

Junungen, die solche Einsprüche erhoben und die bekannten Urteile provozierten, wollten damit ja nicht sich das Recht der Gewährung von Ferien an die Lehrlinge sichern, also nicht lediglich die formalrechtliche Frage entscheiden lassen: Wer ist befugt, dem Lehrling Ferien zu gewähren, sondern ihr Einspruch hatte den Zweck, die Sache selbst zu treffen, d. h. die Gewährung solcher Ferien zu verhindern. Das ist leider gelungen. Ich sage daher mit Zug und Recht, daß die Juristerei über den gesunden Menschenverstand gesiegt hat. Auf Grund einer gesetzlichen Bestimmung, die unter ganz anderen Voraussetzungen seinerzeit geschaffen wurde, hat man es verstanden, eine gesunde und soziale Entwicklung zu unterbinden. Zwar steht es den Gewerkschaften auch heute noch frei, und sie tun das auch, die Ausnahme von Bestimmungen über die Ferien für Lehrlinge in die Tarifverträge hineinzubringen; aber dadurch, daß auf Grund der ergangenen gegenteiligen Urteile diese Teile der Tarifverträge nicht mehr für verbindlich erklärt werden, ist der Nichterhaltung dieser Bestimmungen Tür und Tor geöffnet, sie schweben sozusagen in der Luft.

Warum müssen wir uns gegen diese Rechtsprechung wenden? Warum müssen wir Ferien für die jugendlichen Erwerbstätigen fordern? Vor dem hier versammelten Kreise brauchten wir diese Frage nicht mehr zu beantworten. Aber wenn wir eine gesetzliche Regelung fordern, müssen wir die Berechtigung unseres Verlangens auch weiteren Kreisen klarmachen, müssen wir den Nachweis führen, daß es sich um eine volkswirtschaft-

Dagegen wird die Wegnahme der Zwischenkosten im Zwischenhandel zugunsten des Staates, etwa in der vom Dawes-Plan vorgeschlagenen Form, sowohl höhere Erträge erbringen, wie fast alle volkswirtschaftlichen und arbeitspolitischen Nachteile der Gesetzesvorlage vermeiden.

Wir haben geglaubt, daß der Vorsitzende einer Gewerkschaft, von der nicht wenige Mitglieder doch auch sogenannte entbehrliche Genussmittel herstellen, etwas Besseres gegen das Tabaksteuerunrecht zu sagen gewußt hätte, als auf einen Vorschlag im Dawes-Plan zurückzukommen, der gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht. Doch davon später. Weniger überrascht, wenn auch nicht angenehm berührt, sind wir von den Ausführungen des Professors Dr. Hirsch. Bei der Prüfung der Frage, wie hoch der Finanzbedarf des Reiches in den nächsten Jahren einschließlich der Reparationen sein wird, und welche Deckungsmöglichkeiten dafür vorhanden sind, zählt er unter den Steuerquellen, die „ohne Belastung von Lohn und notwendigem Massenverbrauch“ zur Verfügung stehen, ein Tabakmonopol nach Vorschlag des Dawes-Planes auf. Nach der Meinung des Professors Dr. Hirsch könne hierdurch lediglich durch Beschränkung des Händleraufschlages ein Mehr von 400 Millionen Goldmark herausgeholt werden.

Gegenüber der von Professor Dr. Hirsch vertretenen Meinung, die sich auch Genosse Bäckert in seinen Schlußbemerkungen zu eigen macht, verweisen wir auf die Ausführungen, die wir im vorigen Jahr in dieser Zeitung zu dem im Dawes-Plan enthaltenen Vorschlag eines Zwischenhandelsmonopols für Tabakfabrikate gemacht haben. Wir kamen dabei zu dem Ergebnis, daß bei der eigenartigen Struktur der deutschen Tabakindustrie das empfohlene Zwischenhandelsmonopol abgelehnt werden müsse, weil es für die Tabakarbeiter große und dauernde Schädigungen zur Folge haben würde. Dieser Ansicht sind wir auch heute noch, obgleich von uns niemals ein Zweifel darüber gelassen worden ist, daß jeder brauchbare Vorschlag einer Planwirtschaft in der Tabakindustrie unsere Zustimmung finden wird. Daß wir in der Frage des auch nach unserer Meinung zu hohen Händlernutzens im Tabakgewerbe bisher unseren Mann gestanden haben — wir gedenken es auch fernerhin zu tun —, beweist wohl am besten die Tatsache, daß wir deswegen dauernd in Fehde mit den Händlerorganisationen des Tabakgewerbes leben. Aber alle diese Dinge stehen im Augenblick ja gar nicht zur Debatte. Jetzt handelt es sich doch um die Frage, ob der Tabak noch mehr als bisher bluten soll, und da lagen wir und mit uns alle Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes: Rein! Dieses entschiedene Nein hätten auch Professor Dr. Hirsch und Genosse Bäckert aussprechen sollen, anstatt sich auf der abgegrasten Wiese des im Dawes-Plan empfohlenen Zwischenhandelsmonopols für Tabakfabrikate herumzutummeln.

Aus der Arbeiterinnen-Bewegung.

England. Eine von der Arbeiterpartei einberufene Arbeiterinnenkonferenz findet am 27. und 28. Mai in Birmingham statt. Diese Konferenz beschäftigt sich unter anderem mit Fragen der Sozialpolitik, der Schule, der Auswanderung und der Kriegsbekämpfung.

Vereinigte Staaten. Die Gewerkschaft der Arbeiter in der Damenbekleidungsindustrie (International Ladies' Garment Workers' Union) hat in der letzten Zeit infolge lebhafter Agitation allein im Industriebezirk Chicago über tausend neue Mitglieder gewonnen.

Verbandsteil.

Am 30. Mai ist der 22. Wochenbeitrag fällig.

Folgende Gelder sind eingegangen:

- 15. Mai. Freiburg 32,—. Speyer 100,—. Neulohheim 54,—.
 - 16. Bazel 20,—. Bielefeld 200,—. Frankenstein 25,—. Hofenheim 20,—.
 - 17. Eberbach 50,—. Pirna 100,—. Plauen 40,—. Soest 50,—.
 - 18. Ellen 15,—. Grevesmühlen 40,—. Kirchlangern 600,—. Ennigsdorf 550,—. Göhrzig 30,—. Lemgo 180,—. Sonneborn 85,—. Heidelberg 100,—.
 - 19. Ahle 47,—. Schwiebus 50,—. Görlitz 100,—. Frank.-Crumbach 100,—.
 - 20. Lübbede 300,—. Löhne 15,—. Bruchsal 25,—. Gr.-Breitenbach 10,—.
 - 21. Spangenberg 13,—. Hamburg 200,—.
 - 22. Baden-Baden 980,—. Orsoy 200,—. Heidenheim 100,—. Hohenhausen 80,—. Halberstadt 100,—. Burgdamm 250,—. Lahr 300,—.
 - 23. Duisburg 200,—. Berlin 1500,—. Schömar 60,—. Herford 150,—.
 - 24. Waldorf i. B. 50,—. Breslau 300,—.
 - 25. Bremen 200,—.
- Bremen, den 26. Mai 1925.

S. Kohn.

Arbeitslosen- und Kurzarbeiterstatistik.

Für jede Zahlstelle liegt dieser Sendung der Verbandszeitung eine Statistikkarte bei. Die Karte muß vollständig ausgefüllt dem Vorstand in Bremen bis zum 8. Juni zugeschickt werden; auch dann, wenn keine arbeitslosen oder kurzarbeitenden Mitglieder am Orte sind. Als Pahltag ist der 30. Mai zu nehmen. Zahlstellenverwaltungen, die keine Statistikkarte erhalten haben, müssen die erforderlichen Angaben auf einer anderen Karte übermitteln.

Da die Angaben auf den Statistikkarten dem Statistischen Reichsamt in Berlin bis zum 10. eines jeden Monats übermittelt werden müssen, sind Statistikkarten, die verspätet eingehen, völlig wertlos. Die Zahlstellenverwaltungen mögen das beachten und für eine rechtzeitige Einsendung der Statistikkarten Sorge tragen. Die Namen derjenigen Zahlstellen, von denen die Statistikkarte zu spät oder überhaupt nicht eingeschickt wird, werden im „Tabak-Arbeiter“ bekanntgegeben.

Einziehung von Reichsbanknoten.

Die Beitrags- und Zahlstellenkassierer unseres Verbandes werden noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß das Reichsbankdirektorium auf Grund des § 3 des Bankgesetzes vom 30. August 1924 alle Reichsbanknoten, deren Ausfertigungsdatum vor dem 11. Oktober 1924 liegt, soweit sie nicht bereits aufgerufen sind, zur Einziehung aufgerufen hat. Mit dem Ablauf des 5. Juni 1925 verlieren die aufgerufenen Noten ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel.

Die Deutsche Rentenbank erinnert daran, daß die Rentenscheine zu 50 Rentenmark mit dem Ausfertigungsdatum 1. November 1923 nur noch bis zum 31. Mai 1925 als Zahlungsmittel angenommen werden.

Zahlstellenkassierer, die noch im Besitze von aufgerufenen Scheinen sind, müssen diese mit den sonstigen überschüssigen Geldern sofort dem Postscheckkonto des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes (5349 beim Postscheckamt Hamburg) überweisen. Scheine, die nach den genannten Ablaufdaten eingehen und nicht mehr umgetauscht werden können, fallen zu Lasten der Absender.

Verlorengegangen sind die Mitgliedsbücher von:

Marie Curth, geb. Gries, aus Kleinmetode; geboren am 21. Juni 1890, eingetreten am 10. Juli 1919. Serie II, Nr. 31547 (S. 111/2. 25).

Fritz Sewing, geboren am 6. Januar 1872, eingetreten am 28. März 1914, Serie IV Nr. 1327 (114/3. 25).

Gesucht werden:

Zwei tüchtige Koller und zwei tüchtige Bildmacher (innen) für bessere Formenarbeit nach der Laufz. Der Eintritt kann sofort erfolgen. Für Unterkunft wird gesorgt. Nachfragen bei Georg Fischer, Berlin SO. 36, Ratiborstraße 31.

Ein lebiger, tüchtiger Zigarrenarbeiter nach der Provinz Sachsen. Nachfragen bei Richard Gerloff, Dresden-N. 1, Magstraße 13, III.

Protestversammlungen gegen die Erhöhung der Tabaksteuern und des Tabakzolles:

Schwenningdorf, b. Gastwirt Treue, am Mittwoch, 3. Juni, abds. 7 Uhr, Dünne, bei Gastwirt Klays, am Donnerstag, 4. Juni, abends 8 Uhr, Hunnebrod, bei Gastwirt Meier, am Freitag, 5. Juni, abends 8 Uhr, Ahle, bei Gastwirt Tiemann, am Freitag, 5. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Bultedt, bei Gastwirt Gögling, am Sonnabend, 6. Juni, abends 8 Uhr, Stiff Quernhelm, b. Gastwirt Heuer, am Sonntag, 7. Juni, abds. 5 Uhr, Ennigloh, bei Gastwirt Niedermeyer, am Montag, 8. Juni, abds. 6 Uhr, Kirchlangern, b. Gastwirt Aug. Bitter, am Montag, 8. Juni, abds. 8 Uhr, Holsen, bei Gastwirt Ostermüller, am Dienstag, 9. Juni, abends 8 Uhr.

Referenten sind die Kollegen Schläter, Nente und Egger.

Briefkasten. Wegen der eingetretenen Reichstagsferien wird der zweite Teil des Aufsatzes „An die Mitglieder des Reichstages“ in der nächsten Nummer dieser Zeitung erscheinen.

Billige, böhmische Bettfedern



1 Kilo graue, geschlossene G.-M. 3,—, halbweiße G.-M. 4,— weiße G.-M. 5,—, bessere G.-M. 6,—, 7,—, daunenweiße G.-M. 8,—, 10,—, beste Sorte G.-M. 12,—, 14,—, weiße, ungeschlossene Rupffedern G.-M. 7.50, 8.50, beste Sorte G.-M. 10.—. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frel. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sadowski, Lobes 245 b. Pilsen-Böhm.

Kollegen u. Kolleginnen
werbt unermüdetlich für den Verband!

Die deutschen Gewerkschaften.

Von Paul Umbreit, Berlin.

deutschen Gewerkschaften haben zwei starke Wurzeln, denen sie entsprossen sind: die demokratische Entwicklung, die sich in den revolutionären Bewegungen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ankündigt, und die kapitalistische Entwicklung, die das alte Gewerbergement hinwegfegt. Die schwachen gewerkschaftlichen Ansätze nach der 1848er-Revolution erlagen zwar bald der Reaktion, aber zwei Jahrzehnte später schuf ihnen die politische Entwicklung Deutschlands zum Einheitsstaat freie Bahn. Bismarck brauchte für sein Preußen-Deutschland ein starkes Gebälk, das den Intrigen der Höfe standhielt, und übernahm aus der Lassalleanischen Propaganda das allgemeine Wahlrecht. Daraus ergab sich einmal, daß man politisch mündigen Staatsbürgern auch das Koalitionsrecht nicht versagen konnte. Eine zweite Folge war, daß die politischen Parteien einer breiteren Organisationsgrundlage bedürftig und die Berufsvereine hierzu geeignet fanden. So kam es 1868 zur Gründung politischer Gewerkschaftsrichtungen; auf sozialpolitischer Seite der Lassalleaner und Eisenacher, auf bürgerlicher Seite der Liberalen und Christlichsozialen. Die großen Streikbewegungen anfangs der 70er Jahre wuchsen bald dem Bürgertum und der Regierung über den Kopf, und letztere ging mit allen Polizei- und Rechtskniffen gegen die Gewerkschaften vor, bis es ihr gelang, sie samt der Sozialdemokratischen Partei in dem durch Spitzelarbeit hervorgerufenen Attentatschrecken im Jahre 1878 zu vernichten.

Während des Ausnahmegesetzes war für neue Gewerkschaften nur ein spärlicher Lebensraum gegeben. Er wurde aber seit 1882 rührig ausgenutzt. Nachdem durch ein Gerichtsurteil 1883 die Zentralisationsmöglichkeit sichergestellt war, wurde auch davon kräftig Gebrauch gemacht. Beim Ablauf des Sozialistengesetzes waren in 58 Berufsverbänden, teils zentral, teils lokalistisch organisiert, etwa 300 000 Mitglieder gesammelt, die sich nunmehr in der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands eine Spitzenorganisation mit der Aufgabe der Agitation, Statistik und Streikunterstützung schufen. Sie gab ein Korrespondenzblatt heraus und stellte einen Organisationsplan für die Gewerkschaften auf, in dem sie zentrale Berufsvereine und Unionen für verwandte Berufsvereine empfahl. Der Halberstädter Kongreß 1892 sprach sich aber für Industrieverbände aus und entzog der Generalkommission das Recht der Streikunterstützung. Als sich während der Wirtschaftskrisis 1892—1894 die Gewerkschaften den Machtkämpfen der Unternehmer nicht gewachsen zeigten, verlangte die Generalkommission eine zentrale Regelung der Aufbringung der Streikmittel, stieß aber damit auf unüberwindlichen Widerstand. Dafür erhielt sie ein neues Arbeitsgebiet in der Sozialpolitik, vor allem in

der Abwehr des Ansturms von Unternehmern und Regierung auf das Koalitionsrecht, die sie mit großem Erfolg gegen die ZuchtHausvorlage durchführte. Der Aufschwung seit 1895 brachte den Gewerkschaften auch starken Mitgliederzuwachs, dem sie durch gründlichen Organisationsausbau (Unterstützungseinrichtungen, Anstellung besoldeter Funktionäre, Bezirkseinteilung, Streikregelung, Gewerkschaftskartelle usw.) vorgearbeitet hatten. Ihre Erfolge bei den Lohnbewegungen führten zum Abschluß fester Tarifverträge, die anfangs zwar sehr umstritten, später aber als gesicherte Basis jeder erfolgreichen Lohnpolitik anerkannt und verallgemeinert wurden. War bis dahin der Aufstieg der Gewerkschaften nur langsam erfolgt (bis 1900 etwa 80 000 Mitglieder im Jahre), und brachte die Wirtschaftskrisis von 1900 bis 1902 sogar vorübergehend Rückschläge, so füllte im nächsten Jahrzehnt die Massenausperrungstaktik der Unternehmerverbände die gewerkschaftlichen Reihen. Nach Ablehnung der ZuchtHausvorlage baute das Unternehmertum seine Kampforganisation aus, schuf sich Streikversicherungen und gelbe Schutztruppen und versuchte die Gewerkschaften durch Aussperrungen weißzubluten. Das trieb die Arbeitermassen den Gewerkschaften zu, so daß das Jahr 1903: 150 000, 1904: 165 000, 1905: 292 000, 1906: 345 000 und 1907: 176 000 Zunahmen an Mitgliedern brachte. Die erste Million war bereits 1904 überschritten. In gleichem Maße stiegen die Einnahmen, die 1895 erst 3 Millionen, 1900 9,4 Millionen betragen hatten bis 1907 auf 51 Millionen Mark, und die Kassenbestände der Gewerkschaften für 1895 von 1,6 Millionen bis 1907 auf 33 Millionen Mark, während die Ausgaben sich in dieser Zeit von 2,5 Millionen auf 43 Millionen hoben. In diesen Ausgaben zeigen sich die Leistungen für Kämpfe und Unterstützungen. Die Gewerkschaften führten in diesen zwölf Jahren über 17 000 Streiks und Aussperrungen, an denen nahezu zwei Millionen Personen beteiligt waren, mit 63 Millionen Mark Kosten durch mit dem Ergebnis, daß 73,8 Prozent derselben mit vollem oder teilweisem Erfolge für die Arbeiter endeten. Der Elf- und Zehnstundentag wurde in diesem Jahrzehnt durch den Zehn- und Neunstundentag ersetzt (siehe den Kampf für den Zehnstundentag in der Textilindustrie), die Löhne erhöht und durch tarifliche Regelung die Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt.

Die Wirtschaftskrisis von 1907 bis 1909 brachte den Gewerkschaften einen Rückschlag, der aber dank ihrer gefestigten Organisation mit geringen Verlusten überwunden wurde. Schon von 1910 ab zeigte sich wieder ein neuer Aufschwung, zugleich bemerkenswert dadurch, daß die zweite Million an Mitgliedern überschritten wurde. 1911 wurden 2 321 000, 1912: 2 530 000, 1913: 2 548 000 Mitglieder erreicht. Das war der Höhepunkt der Gewerkschaften vor dem Kriege, der sich auch finanziell in einem Gesamtvermögen von 88 Millionen Mark ausdrückt. In

Der Urlaub für erwerbstätige Jugendliche.

Von Alexander Knoll.

Die nachfolgende Rede hat Genosse Knoll in der Ausschussung der deutschen Jugendverbände gehalten. Sie ist veröffentlicht in Heft 3 der Zeitschrift des Ausschusses der deutschen Jugendverbände „Das junge Deutschland“.

Wir wollen uns heute mit der Frage beschäftigen, ob wir an die Gesetzgebung das Verlangen stellen sollen, Ferien für die erwerbstätige Jugend gesetzlich festzusetzen. Das wäre nicht notwendig gewesen, wenn nicht die Rechtsprechung, ich möchte in diesem Falle beinahe sagen: die elende Juristerei, den Gewerkschaften in den Arm gefallen wäre, die auf dem besten Wege waren, die Frage ohne die Inanspruchnahme der Gesetzgebung praktisch zu lösen, nämlich auf dem Wege der tarifvertraglichen Regelung. Aber da fanden sich in den Kreisen der Arbeitgeber Leute, denen das nicht gefiel, und es fanden sich Arbeitgebersyndizii, die „nachwiesen“, daß der Lehrvertrag kein „Arbeitsvertrag“ sei, und aus diesem Grunde Einspruch erhoben gegen die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse des Lehrlings. Und es fanden sich Gerichte, die diesen Einspruch für begründet erklärten — aus rein formalrechtlichen Gründen. So hatte die Juristerei wieder einmal über den gesunden Menschenverstand gesiegt. Man könnte die Sache hingehen lassen, wenn es sich bei diesen Einsprüchen nur sozusagen um die Wahrung des Rechts der Priorität gehandelt hätte. Aber die

Zunungen, die solche Einsprüche erhoben und die bekannten Urteile provozierten, wollten damit ja nicht sich das Recht der Gewährung von Ferien an die Lehrlinge sichern, also nicht lediglich die formalrechtliche Frage entscheiden lassen: Wer ist befugt, dem Lehrling Ferien zu gewähren, sondern ihr Einspruch hatte den Zweck, die Sache selbst zu treffen, d. h. die Gewährung solcher Ferien zu verhindern. Das ist leider gelungen. Ich sage daher mit Fug und Recht, daß die Juristerei über den gesunden Menschenverstand gesiegt hat. Auf Grund einer gesetzlichen Bestimmung, die unter ganz anderen Voraussetzungen seinerzeit geschaffen wurde, hat man es verstanden, eine gesunde und soziale Entwicklung zu unterbinden. Zwar steht es den Gewerkschaften auch heute noch frei, und sie tun das auch, die Ausnahme von Bestimmungen über die Ferien für Lehrlinge in die Tarifverträge hineinzubringen; aber dadurch, daß auf Grund der ergangenen gegenteiligen Urteile diese Teile der Tarifverträge nicht mehr für verbindlich erklärt werden, ist der Richtehaltung dieser Bestimmungen Tür und Tor geöffnet, sie schweben sozusagen in der Luft.

Warum müssen wir uns gegen diese Rechtsprechung wenden? Warum müssen wir Ferien für die jugendlichen Erwerbstätigen fordern? Vor dem hier versammelten Kreise brauchten wir diese Frage nicht mehr zu beantworten. Aber wenn wir eine gesetzliche Regelung fordern, müssen wir die Berechtigung unseres Verlangens auch weiteren Kreisen klar machen, müssen wir den Nachweis führen, daß es sich um eine volkswirtschaft-

dieser Zeit hatten die Gewerkschaften wieder mehr als 15 000 Streiks und Aussperrungen für 1,7 Million Beteiligte mit 70 Millionen Mark Kosten führen müssen, mit 78 Prozent vollem oder teilweisem Erfolg. Die Zahl der abgeschlossenen Tarifverträge war bereits auf 5400 für 150 000 Arbeiter im Jahre 1913 gestiegen. In diesen Jahren wurde der Zehn- und Neunstundentag durch den Neun- und Achtstundentag ersetzt. Freilich war dieser Erfolg nicht unbestritten. Mit großem Aufgebot rüstete die Reaktion zu einem neuen gesetzlichen Vernichtungskrieg gegen die Gewerkschaften, denen das Koalitionsrecht durch Zuchtstrafgesetze zertrümmert werden sollte, und der Münchener Kongreß 1914 nahm scharf gegen die Pläne Stellung. Nur der Weltkrieg verhinderte die Ausführung dieser Absichten, die schwere Kämpfe heraufbeschwören mußten.

Der Krieg hat den Gewerkschaften schwere Erschütterungen gebracht. Mehr als 1,4 Millionen Gewerkschaftsmitglieder wurden zum Heeresdienst eingezogen. Ihre Mitgliederzahl erreichte im Jahre 1916 einen Tiefstand von 944 000. Die Einnahmen sanken von 82 Millionen (1913) auf 34 Millionen Mark (1916), die Kassenbestände von 88 Millionen auf 75 Millionen Mark. Ein Viertel ihrer Zweigvereine gingen völlig ein. Arbeitslosigkeit und Not der Kriegerfamilien lasteten furchtbar auf den verbliebenen Organisationsresten. Im ersten Kriegsjahr mußten sie 21,5 Millionen Mark für Arbeitslosenunterstützung und 10,4 Millionen Mark für die Kriegerfamilien zusammenbringen; dann erst griff die öffentliche Fürsorge in stärkerem Maße ein. Auf den Gewerkschaften lag der ständige Kampf für die Kriegs- und Lebensmittelfürsorge. Sie mußten für die Rechte der in der Kriegserzeugung tätigen Arbeiter, der Reklamierten und der Gefangenen eintreten. Als schließlich die Munitionserzeugung auf den Höhepunkt gesteigert und die Arbeit militarisiert werden sollte, erreichten sie die Mitwirkung der Organisationen beim Hilfsdienst zur Wahrung der Rechte der Arbeiter. Von der Einführung des Hilfsdienstes im Jahre 1917 beginnt auch wieder der gewerkschaftliche Aufschwung. Von 944 000 steigerte sich die Mitgliederzahl bis zum Ende des Krieges auf 1 467 000.

Eine neue Gewerkschaftsepoch e setzte aber nach dem Zusammenbruch des alten kaiserlichen Deutschland ein. Das Unternehmertum, besorgt um seine Betriebe, erkennt die Gewerkschaften, ihre Tarifverträge und Schiedsgerichte an, fügte sich dem Achtstundentag und vereinbarte mit ihnen die Arbeitsgemeinschaft zum Zwecke des wirtschaftlichen Wiederaufbaues. Die republikanische Gesetzgebung griff ebenfalls ein, beseitigte alte Koalitionsstrafen, erkannte den Achtstundentag und die Tarifverträge gleichfalls an und führte die Erwerbslosenunterstützung ein. Durch dieses Zusammenwirken gelang es in kurzer Zeit, trotz mancher inneren Unruhen, die Millionen in die Heimat zurückkehrenden Heeresangehörigen in Arbeit und die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Die Gewerkschaften hatten in dieser Zeit einen ungeheuren Zustrom. Von 1,5 Millionen Mitglieder am Kriegsschluß brachten sie es im Januar 1919 auf die Vorkriegshöhe von 2,5 Millionen. Im Februar war die dritte Million, im April die vierte, im Juni

die fünfte, im August die sechste, im Oktober die siebente und im April 1920 die achte Million überschritten. Ein Organisationsdrang bemächtigte sich der gesamten Arbeiter- und Angestellten-schaft, nicht minder ein Verlangen nach Tarifverträgen. Das Betriebsrätegesetz vom Jahre 1920 lenkte diesen Betätigungseifer etwas auf die Regelung der inneren Betriebsverhältnisse ab, wobei es nicht an Illusionen über die möglichen Erfolge fehlte.

Leider hielt diese Gewerkschaftsbegeisterung nicht an, als die Auswirkungen des Versailler Friedens sich in der deutschen Wirtschaft zeigten. Die deutsche Geldwährung sank immer tiefer, die Teuerung wuchs demzufolge und die Wirtschaft schwankte zwischen Valutakonjunktur und Arbeitslosigkeit. Während die Reihen der Gewerkschaften sich zusehends lichteteten und ihre Vermögen zusammenschmolzen, erstarkte das Unternehmertum, vergaß Arbeitsgemeinschaft und nutzte die gewerkschaftliche Schwäche aus zu einem Sturm auf den Achtstundentag und die Tarifverträge. Die Gewerkschaften hatten im Höhepunkt 1920 8,1 Millionen Mitglieder erreicht. Zu Ende 1923 waren ihnen davon noch 5,7 Millionen verblieben, und ihre Mittel waren zu Piennigbeträgen zusammengeschrumpft. Trotzdem nahmen sie entschlossen den Kampf gegen das Unternehmertum auf und hatten den Erfolg, den Achtstundentag in der größeren Hälfte der Betriebe aufrechtzuerhalten und von Tarifabschluß zu Tarifabschluß diesen Anteil zu steigern. Heute sind die Gewerkschaften wieder in erfreulichem Aufschwung begriffen. Das Selbstvertrauen der Arbeiterschaft wächst von Tag zu Tag, und die Gleichgültigen und Beitragsläumigen kehren beschämt in die Organisation zurück, nachdem sie erkannt haben, daß der Arbeiter ohne Organisation ein hilfloses Wrack ist. Jahrzehntelange Erfahrungen haben die Gewerkschaften, die sich nach dem Kriege zu dem einflußreichen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen haben, gelehrt, daß ohne Kampf, zähen, unermüdlichen Kampf, kein dauernder Erfolg zu erreichen ist. Deshalb halten sie fest am Klassenkampf, dem die Arbeiterschaft ihren Aufstieg in Wirtschaft und Staat zu verdanken hat. (Aus der Jubiläumsnummer „Der Fleischer“).

Rundschau.

Der Großkampf in Dänemark.

Auf dem vom 5. bis 8. Mai in Kopenhagen abgehaltenen Gewerkschaftskongreß wurde nach ausführlichen Beratungen eine Resolution angenommen, in der den Unternehmern folgende Vorschläge gemacht wurden: 1. Aufhebung der Aussperrung für diejenigen Berufe, wo die Unternehmer- und Arbeiterorganisationen sich schon über die Bestimmungen der neuen Tarifverträge geeinigt haben; 2. Einleitung neuer Verhandlungen in allen Berufen, wo bisher noch nicht volles Einverständnis über alle Streitpunkte erzielt wurde; 3. Aufnahme direkter Verhandlungen zwischen den beiden Parteien in der Metallindustrie, um den Arbeitern dieser Industrie dieselbe Lohnerhöhung zuzusichern, wie sie den Arbeitern anderer Berufe zugestanden worden ist. Außerdem fordert die Resolution eine Regelung, wonach in Zukunft die Tarifverhandlungen

lich, sozialpolitisch und letzten Endes auch bevölkerungspolitisch gerechtfertigte und notwendige Maßnahme handelt. Wir müssen dabei in erster Linie die körperliche Beschaffenheit der heutigen erwerbstätigen Jugendlichen ins Auge fassen. In dieser Hinsicht sieht es aber böse aus in Deutschland. Kriegs- und Nachkriegszeit haben hier geradezu verwüstend gewirkt.

Die heutige jugendliche Generation ist aber doch diejenige, auf deren Schultern in allererster Linie die Lasten unseres künftigen Wiederaufbaues liegen. Glaubt jemand im Ernst, mit einer solchen verkümmerten Generation Wiederaufbau betreiben zu können? Gebietet nicht die einfachste wirtschaftliche Ueberlegung, dieser Generation nach Möglichkeit wenigstens nachträglich noch zukommen zu lassen, was sie in den Jahren jugendlichen Wachstums ohne ihre Schuld entbehren mußte? Und sind nicht möglichst ausgiebige Ferien eines der geeignetsten Mittel dazu?

Welche Gründe werden nun von den Gegnern dagegen angeführt? Ich habe hier einen Bericht über die Tagung des Bundes Norddeutschland des Reichsbundes für das deutsche Malergewerbe vom Juni 1922 vor mir. Der Reichsausschuß selbst empfahl in einer Entschließung den Lehrherren die Einführung der Ferien. Dagegen machen geltend:

„Ein Herr aus Bremen: Nur die Gewerkschaften und Innungen, nicht der Reichsbund sind für die Lehrlingsfragen zuständig. Vor Annahme der Entschließung ist zu warnen. Jetzt, wo die Lehrzeit auf nur noch drei Jahre festgesetzt

werden soll, sollte man diese zur rechten Erlernung des Handwerks ohnehin zu kurze Zeit nicht noch durch Urlaub weiter verkürzen. Aus freien Stücken sollte kein Urlaub gegeben werden; denn wenn man erst den kleinen Finger reicht, wird die ganze Hand genommen. Nur keine Gefühlsduselei! Aufbau heißt Arbeit, nicht Urlaub.

Ein Redner aus Hamburg: Wir haben schon genug unserer alten Rechte verloren und dürfen freiwillig nichts weiter zugestehen. Lehrjahre sind keine Herrenjahre. Die Existenz des Handwerks und die rechte Erziehung dafür muß die erste Sorge sein.

Ein weiterer Redner aus Hamburg: Gerade im Interesse des Lehrlings ist vor allzuviel Rücksichtnahme zu warnen. Die Erfahrungen bei den Gesellenprüfungen zeigen, daß die Leistungen der Lehrlinge ständig zurückgehen. Wir müssen vielmehr versuchen, die Lehrlinge wieder in unsere Hand zu bekommen.

Ein Redner aus Braunschweig: Wir wollen nicht entgegen- und zuvorkommen. In der heutigen Zeit kann nur Arbeit helfen, darum keine freiwilligen Zugeständnisse.

Ein Redner aus Lübeck schilderte, wie schon jetzt die Zeit für eine genügend eingehende Beschäftigung mit der Ausbildung der Lehrlinge knapp ist.

Man kann wirklich nicht sagen, daß das überzogene oder überhaupt nur sachliche Gegenargumente sind. Das erinnert mich lebhaft an die vielen Kämpfe, die die Gewerkschaften für janti-

direkt zwischen den beteiligten Unternehmer- und Arbeiterorganisationen stattfinden und vor Ablauf der Tarifverträge beendet sein müssen. Erst nachdem direkte Verhandlungen zwischen den beteiligten Organisationen stattgefunden haben, sollen in Zukunft eventuell verbleibende Differenzen an die Hauptorganisationen oder die Schlichtungsinstitutionen verwiesen werden können.

Die Unternehmer erklärten sich zu Verhandlungen über diese Punkte bereit, weigerten jedoch eine teilweise Aufhebung der Aussperrung, da nach dem Beschluß des Arbeitgebervereins für alle Berufe eine Einigung erzielt werden muß, bevor die Aussperrung aufgehoben werden kann.

Auch unter diesen Umständen stimmten die Arbeiter der Wiederaufnahme der Verhandlungen zu. Die Verhandlungen wurden denn auch in allen Berufen aufgenommen, und in verschiedenen Fällen kam es zu einer Verständigung über bisher ungelöste Differenzen. Die Verhandlungen zwischen dem Verband der ungelerten Arbeiter und den Unternehmern wurden aber am 16. Mai als endgültig gescheitert abgebrochen, da es sich als unmöglich erwies, in der Lohnfrage eine Einigkeit zu erzielen. Dadurch sind für diesmal alle Friedensaussichten vernichtet und der Kampf nimmt seinen Fortgang. Der vom Verband der ungelerten Arbeiter proklamierte und am 15. Mai in Kraft getretene Transportarbeiterstreik wird sehr viel zur Verschärfung des Kampfes beitragen.

Durch diesen Streik, der alle Mitglieder des Unternehmervereins der Hafenbetriebe umfaßt, wird der ganze Schiffstransport, darunter auch der für Dänemark so lebenswichtige Export von Landbauprodukten, lahmgelegt. Der Transportarbeiterstreik kann somit weitreichende Folgen haben und sehr zur Erweiterung des Konfliktes beitragen. Schon berät der Verband der Seeleute und Heizer die Proklamierung eines Sympathiestreiks, und auch in Norwegen und Schweden haben die Transportarbeiterorganisationen Schritte unternommen, um alle Arbeit an dänischen Schiffen in norwegischen und schwedischen Häfen zu verhindern. Durch den Transportarbeiterstreik sind die Aussichten auf eine baldige Beilegung des Großkampfes verringert worden und es muß — alle Umstände in Betracht gezogen — mit einem langwierigen und erbitterten Kampf gerechnet werden.

Aus den Gauen und Zahlstellen.

Bremen. Nach einem Referat unseres Verbandsvorsitzenden Kollegen Deichmann und einem weiteren Referat des Herrn Reichstagsabgeordneten Büll (Syndikus der Zigarrenhändler) wurde in einer Kundgebung, die am 19. Mai im großen Saale der Börse zu Bremen stattgefunden hat, folgende Entschliebung einstimmig angenommen:

Die am 19. Mai 1925 in Bremen in der Börse versammelten vielen Tausende von Angehörigen des Tabakgewerbes, Importeure und Händler von Rohtabak, Hersteller von Zigarren, Zigaretten, Rauch- und Rautabak, Versender, Handelsvertreter, Ladeninhaber, die Angestellten, Reisenden, Wertmeister, Küper, die zahlreiche Arbeiterschaft aus allen Gruppen der Tabakindustrie, des Handels und der

täre Schutzforderungen, für die Verkürzung der Arbeitszeit geführt haben. Ich bin seit 35 Jahren aktiv in der Gewerkschaftsbewegung tätig und habe in dieser Zeit manchen sozialpolitischen Sturm erlebt (Medner schildert an der Hand von Beispielen aus seiner persönlichen Erfahrung, wie sich gewisse Arbeitgeberkreise bis zuletzt auch gegen solche Arbeiterschutzmahnahmen gewehrt haben, die heute als ganz selbstverständlich gelten, z. B. Baubuden.) Als die Gewerkschaften darangingen, die elfstündige Arbeitszeit zu beseitigen und die zehn-, neun- bzw. achtsündige anzustreben, da ertönte genau so wie heute der Ruf, daß die deutsche Wirtschaft das nicht ertragen könne. Das Gestöhne über die „sozialpolitische Belastung“ der Wirtschaft ist also nicht mehr neu. Und wer so oft erlebt hat, daß es sich als unbegründet erwies, der glaubt nicht mehr so recht daran, wenn es auch heut wieder vor neuem ertönt. Hat doch vor 20 Jahren sogar ein Dr. Alexander Tille, der Entdecker der „Moralinsäure“, „wissenschaftlich nachgewiesen“, daß die deutsche Arbeiterschaft durch die Arbeiterversicherung moralisch entnerot werde und verlumpe.

Auch gegen die Gewährung der Ferien an die jugendlichen Erwerbstatigen wird ja eingewendet, daß das wirtschaftlich nicht tragbar sei.

Wenn ich hier scharfe Worte gegen eine gewisse Kategorie von Arbeitgebern gebraucht habe, so gebietet andererseits die Gerechtigkeit, anzuerkennen, daß es auch Arbeitgeber gibt, die

weltverzweigten Nebenberufe sowie die Raucher wenden sich nach Anhören von zwei eingehenden Referaten mit Entschiedenheit gegen die Absicht der Regierung, den Tabakverbrauch durch Zoll- und Steuererhöhung weiter zu belasten.

Die Versammelten sind der Ansicht, daß kein anderer Verbrauchsgegenstand in den letzten Jahren eine so stark und so oft gesteigerte Steuerbelastung zu tragen hatte, als die Tabakerzeugnisse, daß die Regierung mit der 2prozentigen Ueberschreitung des Voranschlages im letzten Rechnungsjahre zufrieden sein könnte und jedwede weitere Belastung des Gewerbes und des Verbrauchs vermeiden müsse. Schon die jetzige Steuerhöhe ist untragbar; die Steuerausfälle bei den Hauptzollämtern und die vielen Betriebsstillegungen beweisen es. Eine weitere Steuer- und Zoll-Erhöhung bringt unzweifelhaft einen Rückgang des Verbrauchs mit sich, weil die geringe Kaufkraft des Innenmarktes größere Aufwendungen für den Tabakgenuß nicht erwarten läßt.

Rückgang des Verbrauchs aber bedeutet für das ganze Gewerbe, insonderheit für die Arbeiter und Angestellten, ein Hervorrufen von Arbeitslosigkeit, Lohnausfall, vermehrte Betriebsstillegungen und für den Staat bedeutet er beträchtlichen Steuerausfall.

Weiterhin aber bringt eine einmal beschlossene untragbare Steuerbelastung die Gefahr mit sich, daß sie nicht wieder herabgesetzt werden kann, weil dazu die Genehmigung des Reparationskommissars erforderlich ist.

Aus allen diesen Gründen ergibt sich für die Versammelten der Schluß, daß die Vorlagen der Regierung nicht Gesetz werden dürfen und sie richtet an die gesetzgebenden Körperschaften das dringende Ersuchen, die Vorlagen abzulehnen.

Burgsteinfurt. Am 17. Mai hielt die Zahlstelle Burgsteinfurt eine Mitgliederversammlung ab. Zunächst wurden örtliche Angelegenheiten erledigt. Sodann wurde Stellung genommen gegen die geplante Tabaksteuererhöhung, wozu der Gauleiter Schlüter einen Vortrag hielt. Die Versammlung lehnte jede Mehrbelastung des Tabaks ab und faßte folgende Resolution: „Die heutige Versammlung der Tabakarbeiter von Burgsteinfurt protestiert gegen die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung der Tabaksteuer und des Tabakzollens. Eine Durchführung dieser ungeheuren Erhöhung, die Belastung des Tabaks, würde die Tabakindustrie gänzlich zerrütten und durch Arbeitslosigkeit das Elend der Tabakarbeiter noch vergrößern. Der Reichstag wird erlucht, jede Mehrbelastung abzulehnen.“

Köln. In der am 18. Mai stattgefundenen Quartalsversammlung erstattete zunächst der Kollege Klink den Quartals- und Kassenbericht. Er wies darauf hin, daß infolge der Krise im gesamten Tabakgewerbe diesmal auch die Zahlstelle Köln von einem Rückgang des Markenumsatzes leider nicht verschont geblieben sei. Wenn trotzdem die Einnahme der Hauptkasse ungefähr dieselbe geblieben sei, dann deshalb, weil die Beiträge erhöht worden wären. Hätte aber jeder im Gewerbe Tätige seine volle Pflicht und Schuldigkeit getan, dann müßte trotz der Krise die Zahl der Mitglieder eine höhere, und auch die Zahl der verkauften Beitragsmarken bedeutend größer sein. Besonders die Rauchtakarbeiter scheinen von der sprichwörtlichen rheinischen Gemütlichkeit und Gleichgültigkeit stark befallen zu sein. Das angefangene 2. Quartal lasse aber bereits erkennen, daß auch die Kölner Tabakarbeiter nach dem gehaltenen Winterschlaf wieder erwacht und anscheinend bereit und gewillt sind, nunmehr mit aller Kraft die Organisation zu einem kraftvollen Bollwerk gegen entl. Lohn- und Tarifverschlechterungen auszubauen. Kollege Gauleiter Müller referierte über die Folgen einer etwa erneuten Tabaksteuererhöhung, welche für die Industrie geradezu vernichtend sein würde. Folgende Entschliebung fand einstimmige Annahme:

andere über diese Fragen denken. Ich habe ja schon die Leitung des Reichsbundes des Malergewerbes angeführt. Das sind nicht die einzigen. Aber die Zahl dieser Arbeitgeber ist doch nur recht klein, und ihr Einfluß sehr gering. Sie kommen namentlich in der jetzigen Zeit, wo ganze Bücher geschrieben werden, um die soziale Ueberlastung der Wirtschaft nachzuweisen, gegen diese Strömung nicht auf.

Es wird nun weiter die Frage aufgeworfen, und zwar zumeist auch nur von den Gegnern: Wie sollen die Jugendlichen ihre Ferien verwenden? Diese Frage, die zugleich ein Einwand sein soll, entspringt im Grunde denselben Gedankengängen, die seinerzeit gegen die Verkürzung der Arbeitszeit der volljährigen Arbeiter — früher mehr als jetzt — geltend gemacht wurden. Man hatte Sorge, daß die Arbeiter die viele freie Zeit nur in den Gastwirtschaften totschlagen und somit von der Verkürzung der Arbeitszeit selbst den größten Schaden haben würden. Heute traut man sich mit solchen Argumenten nicht mehr recht heraus. Ich glaube es aber auch nicht nötig zu haben, vor diesem Kreise mich über diese Frage im einzelnen zu ergehen. Ich möchte dazu nur eines sagen: Wir haben heute Jugendvereinigungen der verschiedensten Art und Richtungen, die es sich zur ganz besonderen Aufgabe gestellt haben, gerade auf diesem Gebiete zum Wohle der erwerbstatigen Jugend zu wirken und das mit Erfolg auch schon getan haben. Mögen das Reich und die Länder, ebenso die Gemeinden diese Jugendvereinigungen mit möglichst vielen Berechtigungen und Vorteilen

„Die am 18. Mai 1925 in Köln versammelten Tabakarbeiter und Arbeiterinnen protestieren mit Entrüstung gegen den Beschluß des Reichsrats, wonach die deutsche Tabakindustrie wiederum mit neuen Steuern belastet werden soll. Die Tabakarbeiter Kölns sind über die Auswirkungen weiterer Tabaksteuern klar. Die schwache Kaufkraft bei einem großen Teil des deutschen Volkes unterbindet schon heute ganz gewaltig den Tabakkonsum. Wenn schon in den letzten Monaten in fast allen Kölner Tabakfabriken umfangreiche Arbeiterentlassungen vorgenommen werden mußten, werden die Folgen einer weiteren steuerlichen Belastung des Tabaks nicht zu übersehen sein. Die versammelten Tabakarbeiter Kölns fordern von der deutschen Volksvertretung, der Reichsregierung ihre Zustimmung zur weiteren Belastung des Tabaks zu verweigern. Wenn die deutsche Reichsregierung neue Steuern braucht, möge sie sich Steuerquellen erschließen, die nicht Unglück und Verweisung über Tausende von fleißigen Arbeitern bringen. Die Tabakarbeiter Kölns wissen, daß solche Quellen in Deutschland noch genügend vorhanden sind.“

Diese Entschliebung soll an alle Tageszeitungen und an sämtliche Fraktionen des Reichstages gesandt werden. — Als Delegierter für die Reichskonferenz der Zigarettenarbeiter wurde Kollege O. Klint gewählt.

Waldheim. Nach einem Referat des Kollegen Deichmann wurde in einer Versammlung am 14. Mai nachstehende Entschliebung einstimmig angenommen: „Die am 14. Mai 1925 im Schweizertal zu Waldheim i. Sa. tagende Versammlung der Arbeiterschaft und Interessenten des Tabakgewerbes protestiert auf das Entschiedenste gegen die von der Reichsregierung eingebrachten Tabaksteuer- und Zollvorlagen. Diese Vorlagen sehen eine Erhöhung der Bänderollensteuersätze um 25 bis 100 Prozent, sowie eine Erhöhung des Einuhrzollses von 30 M auf 80 M pro Doppelzentner, oder 166 2/3 Prozent vor. Trotzdem der Reichsregierung bekannt sein muß, daß das Tabakgewerbe schon gegenwärtig sich in einer äußerst bedrängten Lage befindet, bringt sie eine Vorlage ein, die Erhöhungen der bestehenden Steuersätze in einem solchen Umfange vorschlägt, daß, falls diese Vorlage Gesetz werden sollte, mit einem Rückgang des Konsums gerechnet werden muß, wie er bisher noch nicht zu verzeichnen war. Jede steuerliche Mehrbelastung brachte bisher immer einen erheblichen Rückgang des Konsums an Tabakfabrikaten. Während die Tabakindustrie im Jahre 1908 noch 171 126 Vollarbeiter beschäftigte, ist diese Zahl bis 1923 auf 103 405 gesunken. Eine weitere steuerliche Belastung wird eine Katastrophe für das gesamte Tabakgewerbe bedeuten, sie vermehrt die Arbeitslosigkeit und bringt damit noch größeres Elend über die Tabakarbeiter. Die Tabakindustrie ist mit den zu verarbeitenden Rohstoffen vom Ausland abhängig. Ein annehmbares Fabrikat läßt sich ohne ausländischen Tabak nicht herstellen. In Berücksichtigung des Umstandes, daß die Tabakindustrie nach der kaum überstandenen Inflationsperiode noch nicht in der Lage war, sich so einzurichten zu können, um den Konsum fördernd zu beleben und angesichts der Tatsache, daß das Steueraufkommen im Etatjahr 1924/25 bereits um 153 Millionen Goldmark höher ist als im Voranschlag der Regierung vorgesehen war, ist die Versammlung der Auffassung, daß die Tabakindustrie jetzt schon bis über die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit belastet ist. Die Versammlung richtet daher an die sächsischen Reichstagsabgeordneten, sowie an den gesamten Reichstag das dringende Ersuchen, im Interesse des gesamten Tabakgewerbes die Tabaksteuervorlagen unter allen Umständen abzulehnen.“

Literarisches.

Gegen das Steuerunrecht!

Der derzeitige Reichsfinanzminister, Dr. von Schlieben, hat vor

einigen Wochen dem Reichstag durch eine Rede vorsichtig in die voraussichtlichen Reichseinnahmen für 1925 Einblick gewährt, wie sie sich nach der Annahme der von ihm vorgelegten elf Steuergesetzesentwürfe ergeben werden. Im Vergleich zum abgelaufenen Fiskaljahr ergab sich dabei, daß nach der Schliebenschen Berechnung die Besitzsteuern in der Zeit vom 1. April 1925 bis Ende März 1926 für sich allein rund drei Viertel Milliarde Mark weniger erbringen sollen als im abgelaufenen Steuerjahr. Das ist die Steuererminderung zugunsten des Besitzes, die heute zugegeben wird! Die Zölle und Verbrauchssteuern sollen nach der Schätzung des Reichsfinanzministers im laufenden Steuerjahr ebensoviel erbringen wie im abgeschlossenen Fiskaljahr. Dazu kommen nach seinen Angaben aber 338 Millionen Mark Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer. Weiter hat Herr v. Schlieben verschwiegen, daß nach dem Wunsch seiner Freunde und nach seiner eigenen Absicht im laufenden Steuerjahr eine gewaltige Zollmauer um Deutschland gezogen werden soll. Daneben bleiben aber, wenn die elf Steuergesetzesentwürfe Gesetz werden, die Verbrauchssteuern, die Umsatzsteuer und die Einkommensteuer aus Lohn- und Gehaltsabzug in ihrer alten Höhe bestehen. Das sind die Steuerentwürfe, die den Arbeitern blühen.

Aus den erwähnten Gründen ist es erfreulich, daß die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände gerade zur rechten Zeit für ihre Funktionäre eine 120 Seiten umfassende Materialarbeit „Gegen das Steuerunrecht!“ erscheinen lassen. Sie ist das Ergebnis eingehender Untersuchungen der Steuerkommission des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Die Arbeit erscheint im Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Inselstraße 6.

Mit dieser Arbeit nehmen die freien Gewerkschaften zu den Steuerfragen grundsätzliche Stellung. Damit haben sie es aber nicht genug lassen. Neben einer Darstellung der deutschen Steuergeschichte von 1871 bis 1924 und einer eingehenden positiven Kritik des Reichsetats sind die sämtlichen elf Steuergesetzesentwürfe der Reichsregierung bis in ihre letzten Einzelheiten gründlich untersucht und kritisch behandelt. Dazu kommt dann noch eine Erläuterung der positiven Forderungen der freien Gewerkschaften.*

Die Steuerbrochüre gibt auf alle Fragen der Steuerwirtschaft Auskunft. Die Spezialisten für Steuerfragen der freigewerkschaftlichen Spitzenverbände, wie Tarnow, Badert und Grünzel vom ADGB, Heinig und Dr. Pfirrmann vom FA-Bund und Dr. Völter vom ADW, daneben aber auch der Prof. Dr. Hirsch, Staatssekretär a. D., haben in Sonderarbeiten zu den elf Steuergesetzesentwürfen des Kabinetts Luther-v. Schlieben Stellung genommen.

Die derzeitigen Regierungsmächte glauben, daß sie ihre Geschäfte auf dem Rücken der breiten Masse machen dürfen, und daß diese selbst dabei ruhig bleibt. Die Steuerbrochüre der freigewerkschaftlichen Spitzenverbände zeigt, daß sich die reaktionären Mächte auch in dieser Hinsicht geirrt haben. Durch ganz Deutschland sollen die Gewerkschafter zum Kampf gegen die sogenannte Steuerreform, die in Wirklichkeit nichts anderes ist als der Versuch der endgültigen Festlegung der allgemeinen Volksbelastung zugunsten des Besitzes, aufgerufen werden! Es ist zu begrüßen, daß auch auf diese Art gezeigt wird, in welchem raschem Ausmaße die Widerstandskraft der Gewerkschaften gewachsen ist, zumal das Unternehmertum sowieso schon meint, daß die Reichsregierung, wie in früheren Zeiten, das zu tun habe, was ihren Interessen dienlich erscheint.

* Zu den Ausführungen über die Tabakbelastung, denen wir sachlich nicht in allen Teilen zustimmen können, werden wir in einem besonderen Aufsatz Stellung nehmen.

ausstatten und somit für jeden Jugendlichen einen Anreiz schaffen, ihnen anzugehören, dann ist diese Frage gelöst. Wir wollen gern in dieser Hinsicht der Jugend und namentlich ihren Organisationen das Selbstbestimmungsrecht lassen.

Was ist nun zu tun, um zu dem gewünschten Ziele zu gelangen. Soweit die Gewerkschaften hierbei in Frage kommen, stehen sie grundsätzlich — ich darf wohl sagen: alle — auf dem Standpunkt, daß eine gesetzliche Regelung der Ferienfrage für alle Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten notwendig ist und von ihnen auch gefordert wird. Es ist daher zu erwägen — immer vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus —, ob es taktisch klug und richtig ist, nur die hier in Frage kommende Teilregelung herauszugreifen. Die Bedenken sind nicht so durchschlagender Natur, daß wir deshalb die Regelung für die Jugendlichen hinauschieben sollten. Gerade aus den Gründen, auf die ich eingangs hingewiesen habe: die Unterbindung der tarifvertraglichen Regelung durch die Rechtsprechung. Es ist nicht zu bestreiten, daß diese sogenannte Rechtsprechung auch bei der tarifvertraglichen Regelung für die Volljährigen in den Arm fällt, wie sie es — leider! — mit Erfolg bei den Jugendlichen getan hat. Die Erwachsenen werden sich also wohl oder übel auch noch einige Zeit ohne die gesetzliche Regelung behelfen können, ohne geradezu Verschlechterungen befürchten zu müssen. Für die Jugendlichen aber verträgt aus den schon angeführten tatsächlichen Gründen die Frage keinen Aufschub, da muß lieber heute als morgen etwas geschehen.

Also ich bin dafür, daß gemäß den vorgelegten Leitfäden sofort vorgegangen wird.

Aber ich möchte doch auch davor warnen, sich hinsichtlich des Erfolges irgendwelchen optimistischen Hoffnungen hinzugeben. Wir leben augenblicklich in einer sozialpolitisch recht ungünstigen Zeit. Ich habe schon auf die Tatsache verwiesen, daß gewisse und politisch sehr einflussreiche Arbeitgeberkreise zurzeit einen Feldzug gegen die Sozialpolitik entfesselt haben. Auch hier handelt es sich ja um ein Stück Sozialpolitik, und sogar ein sehr wesentliches Stück! Auch die Zusammensetzung des gegenwärtigen Reichstags erscheint mir in dieser Hinsicht nicht allzu günstig. Es sind sehr viele Herren darin, die sich auf die anti-sozialpolitische Parole der Großindustrie verpflichtet haben. Jedenfalls wird es einer sehr energischen Einwirkung auf die in Frage kommenden Parteien und noch mehr auf die Reichsregierung bedürfen, wenn etwas Brauchbares bei der Sache herauskommen soll. Trotzdem: der Versuch muß gemacht werden. Man hat während des Krieges und erst nach Beendigung desselben ja soviel von „Menschenökonomie“ geredet und geschrieben. Wohlan! Hier handelt es sich um Menschenökonomie im besten und tiefsten Sinne des Wortes, und deshalb gilt es, ihren Befürwortern und allen Verantwortlichen zuzurufen und klarzumachen:

Der Worte sind genug gewechselt,
Run laßt uns endlich Taten sehn!